# Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford. für Stadt und Land Geschäftsstelle: Herford, Rennf... 29/31. Fernru... Postscheckkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: ¼ jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit" 45 Pfg. mehr. Preis der 1spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford 20 Pfg., sonst 30 Pfg. Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford — Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

**Nr. 10** — **Herford, Montag, den 13. Januar** — **1919**


## Die Punkte der Vorfriedenskonferenz.

wtb. **Köln**, 11. Jan. „Echo de Paris" berichtet laut „Köln. Volksztg.": Die Vorfriedenskonferenz wird ein Vierteljahr benötigen. Das Programm umfaßt drei Punkte: eine Klausel betrifft den Beitritt des Verbandes zum Völkerbund, Feststellung der Schadenersatzansprüche an Deutschland und endgültige Festlegung der Grenzen Europas.

•

**Abgabe der Minenwerfer, Flugzeuge und Maschinengewehre beendet.**

**TU. Berlin**, 10. Jan. Dem ausführlichen Bericht der deutschen Waffenstillstandskommission über die Sitzung vom 7. ds. Mts. ist noch nachfolgendes zu entnehmen: Auf eine deutsche Anfrage erwiderten die Alliierten, an eine Verschärfung der Grenzsperre würde nicht gedacht. (?) Zurzeit werde ein Entwurf über die Regelung des Verkehrs in den besetzten Gebieten ausgearbeitet. Die französische Regierung ließ mitteilen, daß sie dem Vorschlage zustimme, die Gehälter der in Belgien und Frankreich tätigen deutschen Beamten vorschußweise zu zahlen. Die deutsche Kommission gibt in einer Note bekannt, daß die volle Abgabe des Eisenbahnmaterials durch die Polen unmöglich gemacht werde, die die Abfahrt vieler in der Provinz Posen stehenden Eisenbahnwagen verhindern. Hierzu erklärte der französische Vorsitzende, die Alliierten würden die Angelegenheit prüfen. Die deutsche Waffenstillstandskommission stellte fest, daß die Abgabe der Minenwerfer, Flugzeuge und Maschinengewehre im wesentlichen beendet, dagegen die Ablieferung der Geschütze noch nicht durchgeführt sei. Da die Alliierten aber viel Geschützmaterial erbeutet und die mit der Abgabe verbundenen Zwecke längst erfüllt seien, frage sie an, ob nicht die älteren Geschütze, deren Anrechnung die Alliierten könnten, so daß die weitere Ablieferung eingeschränkt oder könnten, so daß die weitere Ablieferung eingeschränkt oder ganz auf sie verzichtet werden könnte. Deutscherseits wird weitr beantragt, die durch die Engländer angeordnete zwangsweise Ausweisung aller Deutschen aus dem Kaukasus rückgängig zu machen.

## Die Wahlen in Bayern.

**TU. München**, 13. Jan. Die Wahlergebnisse vom Lande liegen noch nicht vor, das Ergebnis von München steht noch nicht annähernd fest. Doch ist aus dem Stimmverhältnis schon so viel zu ersehen, daß die Mehrheitssozialisten einen Vorsprung über die übrigen Parteien haben, während das Zentrum und die Demokraten sich ungefähr die Wage halten. Die Unabhängigen haben offenbar schlecht abgeschnitten.

## Die Wahl in Württemberg.

wtb. **Stuttgart**, 13. Jan. **Wahlergebnis: Nach den gestrigen Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung erhalten u. a. Sitze: Unabhängige 4, Zentrum 31, Bauernbund 10, deutsche demokratische Partei 38, sozialdemokratische Partei Württembergs 52, Württembergische Bürgerpartei 11.**

## Der Präsident von Oldenburg interniert.

**TU. Hamburg**, 13. Jan. **Der Präsident von Oldenburg Kuhnt, ein Anhänger des Spartakusbundes, wurde in Wilhelmshaven interniert.**

## Graf Karolyi Präsident der ungarischen Republik.

**TU. Wien**, 13. Jan. **Graf Michael Karolyi ist zum Präsidenten der ungarischen Republik ernannt worden.**

## „Republik Cuxhaven".

wtb. **Hamburg**, 11. Jan. Wie aus Cuxhaven gemeldet wird, ist in Cuxhaven, Amt Ritzebüttel, Kreis Hadeln, Kreis Neuhaus, eine sozialistische Republik ausgerufen worden.

## Republik Luxemburg.

wtb. **Metz**, 13. Jan. **Ein Zug von 600 Personen veranstaltete vor dem Palais der Großherzogin von Luxemburg eine Kundgebung und verlangte die Abdankung der Großherzogin und wünschte die Ausrufung der Republik. Es wurde ein öffentlicher Wohlfahrtsausschuß eingesetzt. Die freiwillige Miliz hat ihre Offizere abgesetzt, versieht jedoch ihren Dienst weiter. Ueberall herrscht Ruhe.**

## Aus dem Ruhrgebiet.

**TU. Essen-Ruhr**, 13. Jan. **Die Zahl der streikenden Bergleute beträgt auf etwa 40 Zechen 42 000 Mann.**

## Siebenbürgen an Rumänien angeschlossen.

**TU. Aus dem Haag, 13. Jan. In Paris vorliegende Nachrichten aus Bukarest besagen, daß der rumänische Staatsanzeiger gestern einen Beschluß enthielt, durch den Siebenbürgen offiziell Rumänien zugefügt wird. Siebenbürgen wird in der rumänischen Regierung vorläufig durch einen Minister ohne Portefeuille vertreten werden.**

## Der Bürgerkrieg in Berlin.

**Ullstein und W. T. B. unter Artilleriefeuer.**

**Berlin**, 11. Jan. Die Regierungstruppen haben sich Ecke Markgrafen- und Schützenstraße festgesetzt. Ullstein und W. T.-B. liegen unter schwerem Feuer.

**Gewaltsame Erstürmung des „Vorwärts"-Gebäudes.**

**TU. Berlin**, 11. Jan. Um 10,50 Uhr ertönte eine heftige Detonation vor dem „Vorwärts-Gebäude, kurz darauf hörte man laute Hurrarufe! Das Vordergebäude des „Vorwärts" war von Regierungstruppen erstürmt worden. Die Vorderfront des Gebäudes ist stark demoliert und das Hintergebäude brennt. Es sind mehrere hundert Mann spartakistischer Besatzungstruppen des „Vorwärts" ohne Waffen abgeführt worden, außerdem wurden auch mehrere Frauen festgenommen. Es handelt sich um 300 Personen.

•

**Rosa Luxemburg verhaftet?**

**TU. Berlin**, 11. Jan. Das „Vorwärts"-Gebäude wurde erstürmt, nachdem die Vorderfront sowie das Gebäude Nr. 2 stark demoliert waren. Die Balkons des „Vorwärts-Gebäudes sind vollständig weggeschossen worden und das Hintergebäude, in dem sich die Druckerei des „Vorwärts" befindet, soll angeblich brennen. Zehn Minuten vor 11 Uhr erfolgte eine heftige Detonation. Daraufhin kapitulierte die Besatzung des „Vorwärts". Es wurden von den Regierungstruppen bisher etwa 400 Personen, die sich in dem Gebäude befanden, abgeführt, darunter auch eine kleine Frauensperson, die man für Rosa Luxemburg hält. Den Besatzungstruppen wurden selbstverständlich die Waffen abgenommen. Das umstehende neugierige Publikum versuchte auf die Abzuführenden einzudringen, wurde jedoch von dem Militär daran gehindert.

•

**Ledebour verhaftet.**

**Berlin**, 11. Jan. Wie die „Freiheit" mitteilt, ist Ledebour verhaftet worden.

•

wtb. **Berlin**, 11. Jan. Zu den Kämpfen in Spandau erfährt die „Tägl. Rundsch.": Der Führer der Spartakisten, der Gärtnereibesitzer Pieser, wurde auf dem Hofe des Postamts von den Regierungstruppen kurzerhand an die Wand gestellt und erschossen. Der Führer des spartakistischen Soldatenrats von Lojewski wurde mit den übrigen sich freiwillig ergebenden Spartakisten in die Kellerräume des Postamts gebracht und dort in Haft gesetzt, bis das Standrecht über sie entscheidet.

•

**Der Erfolg der Regierungstruppen in Berlin.**

**TU. Berlin**, 12. Jan. Nach dem energischen Angriff der Regierungstruppen hat sich die Lage in Berlin wesentlich gebessert. Im Laufe des gestrigen Nachmittags zogen die Spartakisten es vor, das Ullsteinhaus fluchtartig über die Dächer der umliegenden Häuser zu verlassen. Nur wenige Leute blieben zurück, die das Gebäude kampflos übergaben. In den späten Abendstunden verstanden sich die Liebknechtianer dazu, das von ihnen besetzte W. T.-B. zu verlassen. Die Besatzung wurde nach Ablieferung der Waffen freigelassen. Hartnäckiger erwiesen sich die Spartakisten, die sich im Mossehaus niedergelassen hatten. Aber auch diese kampfverbissenen Anhänger der spartakistischen Idee ließen sich im Laufe der Nacht unter der Drohung der Regierungstruppen, im Falle nicht freiwilliger Räumung, das Haus mit Minen zu beschießen, dazu bewegen, ihre Festung zu räumen. Eine große Anzahl der zahlreichen Besatzung war schon vor Mitternacht verschwunden. Als bald darauf ein Zug regierungstreuer Truppen mit Maschinengewehren heranrückte, fanden sie nur noch wenige Spartakisten vor, die gefangen genommen und unter Bedeckung fortgeführt wurden. Auch das Verlagshaus Scherl, in das sich ebenfalls Spartakisten eingenistet hatten, ist in den Nachtstunden freiwillig geräumt worden. Somit sind sämtliche Berliner Zeitungsgebäude wieder in den Händen ihrer rechtmäßigen Besitzer. Heute morgen ist bereits eine Ausgabe des „Vorwärts" in dem gewohnten Gewande erschienen. An der Spitze des Blattes fordert ein Aufruf die Massen zu großen öffentlichen Versammlungen heraus, in denen über das Thema „Um die Freiheit gesprochen werden wird. Ein heftiger Kampf entspann sich in den frühen Morgenstunden um das Berliner Polizeipräsidium. Um 3 Uhr tobte der Kampf um die Hochburg der Spartakisten. Gewehre, Maschinengewehre und Geschütze traten in Tätigkeit und sandten ihre Geschosse in das rote Haus am Alexanderplatz. Gegen 6 Uhr nahmen die Regierungstruppen die zäh verteidigte Festung im Sturm. 200 Gefangene und zahlreiches Material fielen den Befreiern Berlins in die Hände. Nach dieser Tat zogen die Truppen unter Vorantritt einer Musikkapelle nach der Straße Unter den Linden, von wo aus sie ihren Weg nach dem Reichskanzlergebäude in der Wilhelmsstraße nahmen.

wtb. **Berlin**, 13. Jan. **Die Daimler Motoren-Werke in Marienfelde bei Berlin sind gestern ebenfalls von Regierungstruppen besetzt worden.**

## Der schlesische Bahnhof erstürmt.

**TU. Berlin**, 13. Jan. **Am Sonntagnachmittag ist das letzte Berliner Bollwerk der Spartakisten, der Schlesische Bahnhof, von Truppen des 3. Garderegiments gestürmt worden. Die Spartakisten hatten den Bahnhof ganz besonders stark befestigt. Ueberall waren Maschinengewehre aufgestellt. Am Sonntag früh 10 Uhr waren die Regierungstruppen sturmbereit. Gardepionire und Leute des 3. Garderegiments gingen mit lautem Hurrah vor. Ihnen schlossen sich Matrosen und zahlreiche Bürger an. Die Spartakisten erkannten bald, daß ihre Lage verloren war und suchten ihr Heil in der Flucht. Die Zahl der Gefangenen beträgt 300, darunter viele Frauen. Im ganzen haben hier die Spartakisten 6 Tote und 20 bis 30 Verwundete gehabt.**

**Düsseldorf von den Engländern besetzt.**

**Düsseldorf**, 11 Jan. Infolge der Vorgänge in Düsseldorf, von denen wir schon kurz berichtet haben, sind englische Truppen mit Panzerautomobilen erschienen und haben die Ruhe wieder hergestellt. Düsseldorf ist von den Engländern besetzt.

## Demokratische Bauernpolitik.

Von **Dr. F. Heyersen.**

Die Phrase von der Landwirtschaftsfreundlichkeit der einen und der Landwirtschaftsfeindlichkeit der anderen Parteien ist hoffentlich ein für allemal erledigt. Der Krieg und seine Lehren dürften wohl dem letzten Städter hinreichend gezeigt haben, wie unentbehrlich eine feste landwirtschaftliche Grundlage ist, und daß kein Opfer gescheut werden darf, um eine leistungsfähige Landwirtschaft zu erhalten und zu fördern. Die Deutsche demokratische Partei vertritt diesen Standpunkt; sie erstrebt niemals, wie man ihr vorwarf, etwa einen reinen Industriestaat, im Gegenteil, bewußt und planmäßig will sie gerade als gesunde Grundlage des deutschen Volksstaats ein breites, behäbiges, deutsches Bauerntum schaffen. Die alte und durch Ansiedlung auf bisherigem Großbesitz neu zu gründende Bauernschaft muß in jeder Weise in ihrer Produktionskraft gestärkt und geschützt werden. Förderung des Genossenschaftswesens, des Ausbaus der Elektrizitätsversorgung, der preiswerten Abgabe von Kali- und Stickstoffdüngemitteln muß ebenso angestrebt werden, wie die Vervollkommnung des ländlichen Fachbildungswesens. — Politische Gleichberechtigung aller Schichten des Landvolkes ist unser klares Ziel; gerade hierin scheiden wir uns schroff von den Konservativen (jetzt Deutschnationale Volkspartei), die noch bis zuletzt an den Vorrechten des feudalen Großgrundbesitzes überall zähe festzuhalten suchten. Fideikommisse, Patronate, Gutsbezirke, Kreistagsordnung, einseitige Zusammensetzung der Landwirtschaftskammern usw. gehören vergangenen Zeiten an! Künftig wird der Bauer nicht mehr von den feudalen Herren „geduldet" werden — nein, er wird und muß überall die erste Stellung einnehmen!

In den östlichen Provinzen Preußens ist die starke Einschränkung des Großbesitzes dringendes Gebot. Tausenden von Landarbeitern, abgefundenen Bauernsöhnen und ansiedlungslustigen Kriegern muß bald der Erwerb einer eigenen Scholle ermöglicht werden! Das Rentengutsverfahren mit seinen mannigfachen Beihilfen seitens des Staats wird eine gute Grundlage der Siedlungsarbeit bilden.

Die kurz entwickelten Programmpunkte zeigen schon, daß den Agrarsozialisten wie Hofer, Kautsky usw., die mit Marx immer noch den landwirtschaftlichen Großbetrieb und das Verschwinden des Bauern ersehnen, schärfster Kampf gelten muß. Ebenso muß die sozialdemokratische Forderung auf Verstaatlichung des ganzen Grund und Bodens und Zusammenfassung der bäuerlichen Wirtschaften zu genossenschaftlichen Großbetrieben schroffste Zurückweisung erfahren. Wer derartige wirre Theorieen aufstellt (wie z. B. Herr Hofer) trägt schwere Beunruhigung in weite Volkskreise und schädigt das Gesamtinteresse.

Uns Demokraten erscheint gerade der freie Bauer auf eigener, freier Scholle als eins der erstrebenswertesten Ziele jeder Demokratie!

Mit besonderer Freude begrüßen wir es auch deshalb, wenn zur deutschen Nationalversammlung zahlreiche Bauern auf unseren Listen stehen und voraussichtlich gewählt werden. Wie in den urgermanischen nordischen Staaten, so muß auch bei uns der Bauernstand als Grundstock der Demokratie zu neuer Blüte und zu kräftigem Gedeihen gelangen!

## Deutsche demokratische Partei.

**Das endgültige Ergebnis der badischen Wahlen.**

Die endgültige Feststellung des Wahlergebnisses zur badischen Nationalversammlung hat der Sozialdemokratie und der Deutschen demokratischen Partei noch einen Sitz mehr gebracht. Die badische Nationalversammlung wird zählen: 40 Zentrumsmitglieder, 36 Sozialdemokraten, 25 Deutsche Demokraten und 6 Deutschnationale Volkspartei.

Man kann nur wiederholen, daß das Wahlergebnis in Baden für die Sache der deutschen Demokratie hocherfreulich ist, und daß es ein mächtiger Ansporn sein muß, die letzten Kräfte daranzusetzen, auch bei den Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung die Sache der Demokratie zum Erfolge zu führen.

•

**Jungliberaler Reichsverband und Demokratische Partei.**

Der Gesamtvorstand des Jungliberalen Reichsverbandes erläßt an seine Freunde einen Aufruf zum Anschluß an die Deutsche demokratische Partei: „Die große freiheitliche und soziale Partei, nach der seit unseren ersten Anfängen unser politisches Wirken gestrebt hatte, ist in der Deutschen demokratischen Partei erstanden. Was an nationalen Zielen nach dem unheilvollen Ausgang des Krieges übrig geblieben oder neu erstanden ist, wissen wir bei ihr gut aufgehoben, umsomehr, als von unseren alten Freunden Blankenburg, Fischer, Kaufmann und Köhler im vorläufigen Vorstand der Partei sitzen."

## Demokratie.

**Vortrag von Professor Dr. Neumann-Hofer in Herford.**

In der Riesenversammlung, die die Deutsche demokratische Partei Donnerstag abend im Vereinshaus veranstaltete, sprach zunächst Professor Dr. Neumann-Hofer, Detmold, über „Die Ziele der Deutschen demokratischen Partei." Er führte ungefähr folgendes aus:

Wenn wir deutschen Männer und Frauen hier zusammengekommen sind, um über unsere Zukunft zu sprechen, so müssen wir in allererster Linie derer gedenken, die dazu geholfen haben, daß unsere Lage nicht noch schlechter ist, die mit ihren Leibern für uns gestanden und gestritten und dadurch verhindert haben, daß die Feinde in unser Heimatland eingebrochen sind. Unsere Soldaten, die wir jetzt zurückempfangen haben, wir haben sie nicht empfangen wie Besiegte, sondern ihnen ist ein Empfang dargebracht worden, wie er nicht inniger hat sein können. Wenn wir den Krieg verloren haben, hat es nicht an der Tapferkeit oder an der mangelnden Standhaftigkeit unserer Truppen gelegen, sondern sie sind von der Uebermacht der Feinde erdrückt worden. Was unsere Soldaten geleistet haben, ist so gewaltig, daß noch in künftigen Generationen davon gesagt und gesungen werden wird, wie man auch heute in Heldenliedern der tapferen Vorfahren gedenkt. Wir sind unterlegen im Kampfe und dadurch in eine furchtbare Lage geraten. Die Furchtbarkeit der Lage ist den meisten unter den jetzigen Verhältnissen noch nicht zum Bewußtsein gekommen, aber in einigen Monaten wird sie ein jeder am eigenen Leibe spüren. Noch arbeitet die Reichsdruckerei, noch laufen die Notenpressen und liefern eine Menge von Geldscheinen. Und solange diese Geldfabrikation in Berlin noch anhält, merkt das Volk nicht, wie die Dinge liegen. Das muß und wird eines Tages ein Ende nehmen, und dann wird es uns zum Bewußtsein kommen: Was ist denn eigentlich solch ein Geldschein? Ein Fetzen Papier, der weiter keinen Wert hat, als daß sich auf diesem die Reichsregierung verpflichtet, gegen diesen Schein eine bestimmte Summe in Gold

zu zahlen. Mit diesen Geldscheinen werden wir bezahlt und können auch bezahlen, was wir zum Lebensunterhalt gebrauchen, aber dieses Zahlungsmittel können wir dem Auslande gegenüber nicht anwenden, wo die deutsche Valuta sehr tief gesunken ist. Greifen wir zum Beispiel einen schweizerischen Franken heraus, der galt vor dem Kriege in deutschem Gelde 80 Pfennig. Heute besitzt er fast 2½ mal soviel Geldwert, gilt nämlich 1,75 Mark. Wir sind in Zukunft auf das Ausland angewiesen, denn Deutschland ist nicht mehr der Agrarstaat von früher, der das Volk durch seine eigenen Boden-Produktion ernähren kann, auch ist Deutschland, das sich infolge der Volksvermehrung zum Industriestaat entwickelt hat, nicht in der Lage, alle die vielen Arbeitshände mit seinen eigenen Rohstoffen zu beschäftigen. Daher müssen Rohstoffe aus dem Auslande bezogen werden, und die Aufgabe der Staatsmänner wird es sein, dafür zu sorgen, daß wir bald wieder mit Rohstoffen versorgt werden. Wenn wir diese dann mit unserem schlecht bewerteten Gelde bezahlen wollen, müssen wir naturgemäß desto mehr bezahlen. Nun gingen auch die Arbeitslöhne in die Höhe und sie mußten es auch, denn von dem Verdienst, der vor dem Kriege galt, kann heute niemand mehr leben. Schließlich kommt dazu noch die Steigerung aller übrigen Kosten. Und so kommt es, daß nach Fertigstellung des Produkts die Selbstkosten eine derartige Höhe erreicht haben, daß die Waren dem Ausländer zu teuer sind. Wenn es soweit kommt, dann versinkt das Volk in Elend. Wir sind darauf angewiesen, unsere Produkte ins Ausland abzusetzen, denn womit sollten wir sonst unsere Einfuhr bezahlen? Wenn nun das deutsche Geld im Ausland derartig schlecht bewertet wird, so liegt das daran, daß das Papiergeld in so ungezählten Massen ins Volk gesteckt wird.

Wenn wir uns mit diesen Zuständen beschäftigen, dann müssen wir uns zwei Fragen stellen: 1. Wie sind wir in diese Lage hinein gekommen? 2. Wie können wir wieder herauskommen.

Bei der ersten Frage ergibt sich die Antwort sofort. Durch den Verlust des Krieges. Aber wie hat es denn dazu kommen können? Warum mußte der Krieg ein solches Ende nehmen? Weil sich die ganze Menschheit gegen uns gestellt hat. Wer die Schuld an diesem Kriege trägt, darüber kann man heute noch keine genaue Antwort geben, weil die Archive noch nicht erschlossen sind und alle Tatsachen noch nicht einwandfrei feststehen. Aber die Schuld wird zweifelsfrei festgestellt werden. Ein großer Teil dieser Schuld liegt bei anderen Völkern, das können wir nicht bestreiten, aber wir dürfen auch nicht sagen: alle Schuld liegt auf der anderen Seite. Nein, wer sehen kann, für den steht es fest, daß auch Deutschland sein Päckchen dabei zu tragen hat. Der unglückliche Ausgang des Krieges ist auch dadurch herbeigeführt worden, daß sich die ganze Menschheit gegen uns gestellt hat. Ja, aber wie soll man sich denn das erklären? Man hat gelesen, daß die Schuld zu suchen sei in dem Geschäftsneid der Engländer, in der Rachsucht der Franzosen, in der Ausdehnungssucht der Russen, und in ihrem Bestreben, durch äußere Kriege, innere Schwierigkeiten zu überwinden. Gewiß, diese Gesichtspunkte haben ihre Berechtigung, aber dieses würde nur erklären, daß sich genannte Völker gegen uns gewandt haben, mit ihnen wären unsere Feldgrauen noch fertig geworden. Aber wenn sich andere zum Glaubensbekenntnis gemacht haben, mit den Deutschen dürfe man sich nicht abgeben, sondern müsse sie bekriegen, dann muß die Sache doch einen anderen Grund haben. Wir können doch sagen, daß unser Volk eines der gemütvollsten, friedfertigsten und gebildetsten ist. Wie konnten wir da in solch einen üblen Ruf kommen? Und wer nicht nach diesen Gründen forscht, der ist nicht wert ein Politiker zu sein. Wir können aber nicht mit Erfolg danach forschen, wenn wir Hurrahpatrioten sind. Den Feinden war es zum Glaubenssatz geworden, daß sie im Namen der Freiheit in dem Kampf zögen. Das muß zu denken geben. Waren wir denn ein Volk, das die Freiheit bedrohen wollte? Diese Frage kann nicht bejaht werden. Wenn die Feinde trotzdem der Ueberzeugung waren, daß sie die Freiheit in Schutz nehmen müßten, so lag es wohl daran, daß ihnen unsere Verfassungsart unverständlich war und sie diese als Bedrohung ansahen. Von konservativer Seite wird dazu gesagt, sind denn bei uns die Verhältnisse schlechter gewesen zur Zeit des Kaisertums, wie bei anderen Völkern. Teils ja — teils nein. Aber darauf kommt es auch nicht an, sondern es kommt darauf an, daß die anderen Völker in der Lage waren, ihren Willen durchzusetzen, das konnten wir nicht. Ein Volk muß die Möglichkeit haben, seinem Willen Geltung zu verschaffen. Andere Völker konnten das im Gegensatz zu uns. Es kamen hinzu, die für uns modernen Menschen unverständlichen Redensarten von Regierungskreisen, die noch ganz mittelalterliche Auffassungen von dem Verhältnissen zwischen Herrschern und Vasallen hatten. Viele andere Dinge kommen noch hinzu. Bei fast allen Völkern herrschte eine Furcht vor uns, weil bei ihnen die Ueberzeugung war, daß sie und ihre Freiheit durch unseren Imperialismus und Militarismus bedroht wurden. Diese Auffassung ist zurückzuführen auf die mündlichen und schriftlichen Auslassungen unserer Konservativen und der ihnen nahestehenden Kreise, die dadurch eine ungeheure Schuld auf sich geladen haben. Ich bin überzeugt, die allermeisten von uns haben solche alldeutsche Broschüre niemals zu Gesicht bekommen. Oder wenn man eine derartige Schrift in die Hand bekam, sagte man, es sind das lächerliche Schriften, die in leitenden Kreisen absolut keinen Einfluß haben. Aber im Auslande war das anders, dort griffen die Hetzer diese Broschüren auf, übersetzten sie in ihre Landessprache und vervielfältigten sie tausendfach, um damit eine hetzerische Propaganda zu treiben. Eine von diesen Broschüren enthielt eine Zusammenfassung der schlimmsten Aussprüche der Alldeutschen. Darin kommen Stellen vor, wie die: „Das deutsche Volk ist von Gott so außerordentlich erschaffen, daß es direkt zur Weltherrschaft bestimmt ist." Damit wurde nun im Auslande methodisch agitiert, bis in die kleinsten Hütten. Dort urteilten die Männer und Frauen nicht so, daß sie sagten: Das sind Hirnverbranntheiten, sondern sie dachten, das ist der Standpunkt des deutschen Volkes. Daher muß man das deutsche Volk bekämpfen. Das war die Stimmung, aus der heraus die ganze Welt sich gegen uns verbunden hat. Ich will jetzt nicht rechten mit den dafür verantwortlichen Kreisen, will auch keinem zu nahe treten. Aber nachdem unser Volk jetzt derartig entsetzlich gelitten hat und die eben erwähnten Dinge der Hauptgrund waren für unseren Zusammenbruch, da muß ich sagen: Diese Kreise darf das deutsche Volk nicht wieder zur Herrschaft kommen lassen.

Und nun frage ich weiter: Was soll jetzt werden? Das deutsche Volk liegt am Boden und ist noch nicht zur vollen Erkenntnis gekommen. Wir müssen überlegen, wie retten wir, was noch zu retten ist? Darauf gibt es nur eine Antwort: Jetzt muß alles geschehen, um aus dem deutschen Volke sowie Arbeit und produktive Tätigkeit herauszuholen, wie möglich, um alle Kräfte zusammenzufassen und es zu höchster Leistungsfähigkeit emporzuheben. Dieses Ziel zu erreichen, gibt es nur ein Mittel, das ist die Demokratie.

Ohne Demokratie geht unser Volk völlig zu Grunde. Wenn es heute noch Leute gibt, die einen Obrigkeitsstaat wieder errichtet sehen wollen, so ist mir unverständlich, daß solche Meinungen auftauchen können. Nur auf dem Wege der Demokratie läßt sich unser Vaterland wieder aufrichten, weil auf diese Weise die Ueberzeugung gepflanzt wird, daß man ein verantwortlicher Teil im Ganzen ist, und daß ein jeder die Verantwortung trägt für das Wohl des Ganzen.

Lassen Sie uns beobachten, wie sich die verschiedenen Parteien hierzu stellen. Ich als alter Fortschrittler darf von meiner Partei sagen, daß wir stets echte, aufrichtige Demokraten gewesen sind. Daran können auch die Gegner nicht rühren. Wir haben es nicht nötig gehabt, jetzt nach der Revolution unsere Stellung zu ändern. Hinter dem Gedanken der Demokratie haben wir alle Parteiinteressen zurücktreten lassen. Wir alten Fortschrittler sind Demokraen gewesen und werden es auch immer sein.

Rechts von uns stehen die Konservative mit ihren Nebenparteien, die sich zusammengeschlossen haben zur Deutsch-nationalen Volkspartei. Sie haben zwar auch ihr Programm aufgestellt, aber heute wird die Politik nicht mehr gemacht von Herren „von" und „zu". Man muß sich den Personenkreis ansehen, der hinter dieser Partei steht, die Konservativen sind es, Adlige, Großgrundbesitzer und Schwerindustrielle. Wie die bisher zur Demokratie gestanden haben, brauche ich nicht auseinander zu setzen. Die Konservativen waren stets die entschiedensten Feinde der Demokratie und haben alles getan, um einen Sieg der Demokratie zu verhindern. Diese Partei hat es bis zu letzt versucht, das Dreiklassenwahlrecht aufrecht zu erhalten, das in seiner ganzen Art so elend war, daß die Wahlmänner der dritten Klasse von denen der ersten und zweiten einfach überstimmt werden konnten. Was soll man nun dazu sagen, wenn sich diese Partei mit dem Namen „Volkspartei" nennt? Wenn Kreise, die bis zuletzt dem Volke die Gleichberechtigung vorenthalten haben, sich jetzt „Volkspartei" nennen, so muß ich das als Versuch betrachten, Wählerkreise irrezuleiten. So etwas müßte in einem ehrlichen Kampf verboten sein.

Lassen Sie mich weitersprechen von der Zentrumspartei. In der letzten Zeit sind wir Fortschrittler mit der Mehrhei des Zentrums oft zusammengegangen, denn zum größeren Teil besteht diese Partei aus guten und ehrlichen Demokraten. Es gibt ja in dieser Partei auch Kreise, die der Demokratie nicht günstig sind, aber das Zentrum ist eifrig bemüht, diese aus den leitenden Stellen abzudrängen. Ich kann nur meinem herzlichen Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die leitenden Kreise dieser Partei nicht geglaubt haben, auf Sonderorganisationen verzichten zu können. Wir, die wir die Demokratie für die Grundforderung halten und auf dem Boden der Gewissensfreiheit stehen, wir können sagen, daß jeder gut katholische Mitbürger bei uns genau so gut aufgehoben ist, wie in der Zentrumspartei.

Noch eine Partei steht rechts von uns, das ist die Deutsche Volkspartei. Das sind die früheren Nationalliberalen. Während der größte Teil zu uns übergetreten, können sich die anderen meistens aus persönlichen Rücksichten nicht dazu entschließen, ihre Sonderpolitik aufzugeben und sich in unsere Reihen einzugliedern. In Lippe gibt es keine Deutsche Volkspartei. Ich muß tief beklagen, daß dieses Beispiel nicht überalle befolgt wurde. Ich war selbst zugegen bei den Einigungsverhandlungen, die günstig zu verlaufen schienen, und ich war, wie vor den Kopf gestoßen, als ich hörte, daß diese Verhandlungen gescheitert sind. Man macht der Demokratischen Partei den Vorwurf, Theodor Wolf sei der Führer, und das führende Blatt sei das „Berliner Tageblatt". Das entspricht nicht ganz den Tatsachen. Eine ganze Partei kann man doch auch nicht beurteilen nach einzelnen Männern oder Blättern, die ihr angehören. Aber wenn Gruppe aus so kleinlichen, persönlichen Gründen absplittert, dann muß ich befürchten, daß sie für die Demokratie nicht das rechte Verständnis hat. Solche Absplitterungen sind undemokratisch, und die Männer, die dahinter stehen, können nicht als demokratisch betrachtet werden.

Links von uns steht die Sozialdemokratie; wenn man den Namen hört, brauchte einem nicht bange zu sein. Aber in der Demokratie ist auf die Sozialdemokratie kein Verlaß. Blicken Sie nach Berlin! Ist es denn nicht entsetzlich, was wir da sehen müssen! Ist in den 4½ Jahrm nicht genug teures Blut geflossen! Jetzt müssen wir wieder deutsches Blut fließen sehen, in deutschen Städten, von deutschen Bürgern. Das kommt daher, weil sich ein Teil der Sozialdemokratie von der Demokratie abgeschlossen haben. Dieser Teil stellt sich auf den Standpunkt, nicht das Volk solle herrschen, sondern derjenige, der die Macht in Händen hat. Auf diesem Standpunkt stehen Leute, die sich noch Sozialdemokraten nennen. Die ganz extremen Elemente, die Anhänger Liebknechts, haben sich vor einigen Tagen den Namen Kommunisten beigelegt. Auch die Unabhängigen haben keinen Anspruch darauf, denn wenn es so kommt, wie sie es wollen, dann hat sich nichts gegen früher geändert. Früher hat eine kleine Klasse besser gestellter Leute, gestützt auf Bajonette, geherrscht, jetzt regiert ebenfalls eine kleine Klasse gestützt auf gestohlene Maschinengewehre und Handgranaten. Eines ist genau so zu verwerfen, wie das andere. Und wenn uns nur zwischen diesen beiden Extremen die Wahl bliebe, dann möchte ich mich lieber von Kaiser Wilhelm beherrschen lassen, als von Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Die Mehrheitssozialisten stehen auf demokratischem Boden. Aber ich wage die Behauptung, daß sie heute keine Stützen der Demokratie mehr sind. Als am 9. November in Berlin alles drunter und drüber ging, als die Panzerautos mit Maschinengewehren durch die Straßen jagten, da kamen wir Reichstagsabgeordneten zusammen und beratschlagten, was nun werden sollte. Man kam zu dem Ergebnis, daß eine demokratische Regierung geschaffen werden müsse, und zwar zusammengesetzt aus bürgerlichen Demokraten, Mitgliedern des Zentrums und Mehrheitssozialisten. Da waren die Sozialdemokraten dafür, daß man auch Unabhängige in die Regierung hineinnehmen müßte, um auf den Straßen Ruhe zu schaffen. Wir anderen hatten nichts dagegen. Daraufhin schickte der Parteivorstand an die Unabhängigen einen Brief, worin er sie aufforderte, sich an der Regierung zu beteiligen. Am Abend kam die Antwort: Die Unabhängigen würden bereit sein, an der Regierung teilzunehmen, wenn 1. alle bürgerlichen Parteien ausgeschlossen würden, 2. wenn die Nationalversammlung nicht so eifrig betrieben würde und vorläufig die A.- und S.-Räte die Macht behielten. Darüber waren alle ehrlich entrüstet, aber doch wollten sie die Verhandlungen weiter führen. Am nächsten Morgen fuhr ich zurück und als ich am Bahnhof mir den „Vorwärts" kaufte und ihn aufschlug, erlebte ich eine meiner größten Freuden, als ich die Antwort der Mehrheitssozialisten an die Unabhängigen las. Man sagte darin, daß es undemokratisch wäre und ein Schaden fürs Volk, wenn die bürgerlichen von der Regierung ausgeschlossen würden. Auch schlug man es ab, die Herrschaft der Soldatenräte anzuerkennen. Als ich jedoch nach Detmold kam, da erlebte ich die bitterste Enttäuschung, als ich las, daß der Parteivorstand der Mehrheitssozialisten alle Forderungen der Unabhängigen bewilligt hatte. Nun frage ich Sie: Ist auf die Leute, die heute eine so vorzügliche Antwort geben und morgen die Demokraie preisgeben, ist auf die Leute Verlaß? Ich zweifele daran. Denn, wenn auch die Führer genau so denken, wie auch ich, bei den Massen hat nur der Erfolg, der den Mund recht voll nimmt und große Versprechungen macht. Sie mußten befürchten, daß ihnen durch Liebknecht Anhang verloren gehen würde, und gerade Stimmenverlust ist schmerzlich für die Sozialdemokratie, daher der plötzliche Umschwung. Ich habe also die Ueberzeugung, daß es zur Zeit nur eine Partei gibt, die die unbedingte Sicherung der demokratischen Grundsätze bietet und sich durch nichts von dem eingeschlagenen Weg abbringen läßt, das ist die Deutsche demokratische Partei.

Eine der größten Gefahren, die der Wahltag bringen kann, ist die Gefahr einer sozialistischen Mehrheit in der Nationalverlung, und sie besteht darin, daß eine solche Regierung die unbedingte Sozialisierung durchführen würde. Der Gedanke der Sozialisierung geht aus von Carl Marx, der in seinem Buche „Das Kapital" die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel forderte. Das heißt also alle Gegenstände sollen den jetzigen Eigentümern genommen werden und in den Besitz des Staats übergehen. Damit würden wir dann alle Staatsbürger werden. Jetzt kommt es aber darauf an, daß die Produktivität der Arbeit aller Deutschen so viel wie möglich gehoben wird, daß möglichst viel verarbeitet und geschafft wird. Jetzt liegen die Dinge so, daß jeder für sich, für Weib und Kind arbeitet und sicher ist, daß ihm auch die Früchte seines Fleißes zu Gute kommen. So ist es beim Arbeiter, beim Beamten, beim Kaufmann und beim Bauern. Heute kann sich der Arbeiter immer noch seine Arbeit aussuchen, wo er will, wenn er von einem Arbeitgeber zu Unrecht behandelt wird, kann er sich an einen anderen wenden. Aber wie wird das werden, wenn der Staat alleiniger Arbeitgeber ist? Im sozialistischen Zukunftsstaat werden alle gleich sein. Da gibt es nun fleißige und faule Arbeiter. Wenn der Fleißige dann sehen muß, daß der weniger Fleißige dasselbe verdient, wird auch er allmählich erlahmen und jedes Interesse wird fehlen. Das führt zum Elend und zum Verderben. Uebrigens sagen die vernünftigen Führer der Sozialdemokratie selbst, daß es das größte Unglück wäre, wenn jetzt sozialisiert würde. Die Führer sehen ein, es geht nicht, aber die Massen lassen sich nichts einreden. Karl Marx sagt selbst, es solle nur bei einer blühenden Wirtschaft sozialisiert werden, aber doch nicht jetzt, wo wir direkt am Boden liegen.

Ich stelle fest, daß bei den alten Demokraten immer der Grundsatz gegolten hat: Lieber Staatsmonopol als Privatmonopol. Und wenn das Kapital so groß geworden ist, daß es das Gemeinwohl beeinträchtigt, dann muß es verstaatlicht werden. Jede Wirtschaftsordnung trägt neben Vorteilen auch Nachteile in sich. Wir sind immer dafür eingetreten, daß der Staat stark konzentriertes Kapital angreifen und verstaatlichen soll. So waren wir seit jeher dafür, daß die Rüstungsindustrie verstaatlicht werden sollte. Weiterhin ergibt sich die Frage, wie es mit der Freiheit bestellt ist im sozialistischen Zukunftsstaat. Die Freiheit würde völlig zu Grunde gehen. Heute hat ein jeder seine Freiheit, der Arbeiter, ja auch der Beamte. Aber wie wird das werden, wenn es nur einen Arbeitgeber gibt: den Staat? An wen wird man sich dann wenden, wenn man von ihm ungerecht behandelt wird. Die Freiheit wird begraben, und die heutige Sozialdemokratie würde die erste sein, die den Staat wieder in Trümmer schlagen würde, weil sie ihre Freiheit bedroht sähe. Beim Wahlkampfe muß jeder ernstlich mit sich zu Rate gehen und sich fragen, auf welchem Wege er dem Volke und dem Vaterlande am besten dient. Hoffentlich wird die Entscheidung zum Wohle des Vaterlandes ausfallen. B.


**Deutsche Männer! Deutsche Frauen!**

Die Parteien von

**links** | **rechts**

haben uns

in der Revolution durch den Mißbrauch der Freiheit zur Ohnmacht geführt. ‖ im Krieg durch die Politik der Macht ins Unglück gestürzt.

**Der goldene Mittelweg ist der beste!**

Darum:

**Wählt die Deutsche demokratische Partei!**


## Herford und Minden-Ravensberg.

13. Januar.

### Staat, Kirche, Schule.

**Vortrag von Frl. Dr. Morisse.**

In wahrhaft glänzender Weise behandelte am Sonnabendabend im Ev. Vereinshause Fräulein Dr. Morisse aus Bielefeld, die Kandidatin der Deutschen demokratischen Partei, das Thema: Staat, Kirche und Schule. Lange vor Beginn waren der Saal und alle Nebenräume von einer mehr als tausendköpfigen Menge dicht besetzt. Die Rednerin behandelte das Thema in zwei Teilen, sie gab zuerst einen historischen Rückblick über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und legte sodann dar, wie sich die Deutsche demokratische Partei zu diesem Problem stellt. In wundervoller Klarheit entrollte die Rednerin die ganze historische Entwicklung von den ersten Anfängen des Christentums im römischen Weltreich bis auf unsere Tage. Sie zeigte, wie die Kirche seit den Tagen, wo Konstantin der Große das Christentum zur römischen Staatsreligion machte, die Kirche mehr und mehr ihren eigentlichen Charakter verlor und durch weltliche Politik sogar die Herr-

schaft über den Staat davontrug. So mußte Heinrich IV nach Canossa wandern und Barbarossa dem Papste den Steigbügel halten. Erst durch die Reformation wurde der katholischen Weltherrschaft ein Ende bereitet und Religion wurde Gewissenssache. Seit der Zeit nahmen sich die Landesfürsten der Kirche an und wachten über ihre äußere Organisation. Der Staat übernimmt das Aufsichtsrecht über die Kirche, im übrigen ist aber die Kirche sich selbst überlassen. In der Zeit der Klassiker vertreten Kant, Humbold, Schleiermacher bereits die Trennung von Staat und Kirche, während Fichte und Hegel ihre Einheit fordern. Im 19. Jahrhundert entwickelt sich ein festes Verhältnis von Staat und Kirche. Der Staat wird Hüter der Religion und die Kirche baut sich immer fester in den Staat hinein, aber so, daß die Kirche zu einem Anhängsel des Staates wird. Bereits 1848 wurde in der Paulskirche zu Frankfurt am Main das Problem einer Trennung von Staat und Kirche aufgeworfen um der Religion willen. Denn die Besten des Volkes (Ernst Moritz Arndt, Theo-Fischer u. a.) forderten Freiheit auf geistigem Gebiete. Die Forderung blieb auf dem Papier. In dem von Bismarck begründeten Staatswesen wurde der Herrscher oberster Bischof der Kirche, und der Staat fordere Rechtsgläubigkeit von Geistlichen und Lehrern. Mit der Freiheit der Religion war es übel bestellt. Die Forderung der Rechtgläubigkeit hatte nur zu oft Heuchelei, Verbitterung zur Folge. Das aber heißt die Würde der Kirche töten!

Darum erhebt sich heute wieder die Forderung: die Kirche soll selbständig sein um der Religion willen. Die Kirche ist eine menschliche Einrichtung, Religion ist ureigenstes persönlichstes Empfinden. Wir fordern, daß keine Bevormundung und Gängelei der Kirche von Staates wegen geschieht, die Kirche soll völlige Bewegungsfreiheit haben, wir fordern für die Kirche eine demokratische Verfassung. Religion soll in der Tiefe des Gemütes wurzeln.

Wir können einen Staat nur auf religiöser Grundlage aufbauen. Daher tritt unsere Partei ein für den Schutz der Religion, wir fordern aber religiöse Erneuerung! Die Rednerin wies dann hin auf die Richtlinien unseres Programms, die ja klipp und klar eintreten für die Würde und Selbständigkeit, wie finanzielle Sicherheit der Kirche. Nur unter diesen Umständen halten wir eine Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche denkbar. Nur Böswilligkeit und Verleumdung von Seiten anderer Parteien können uns dies ableugnen. Wir wollen auch in der Schule den Religionsunterricht erhalten wissen, wir wollen keinen nüchternen Moralunterricht. Aber wir erwarten eine Religion bei voller Gewissensfreiheit; wir verlangen Duldsamkeit auf religiösem Gebiet. Die Rednerin verurteilte scharf die von Seiten andrer Parteien betriebene Hetze gegen das Judentum, die sich mit dem Standpunkt der Christlichkeit und Gerechtigkeit nicht verträgt. Gerade die Frauen forderte die Rednerin auf zur Mitarbeit, damit Duldsamkeit, Güte und Liebe beim Wiederaufbau der zerstörten Welt zur Geltung kommen. Herr Justizrat Brand dankte der Rednerin, die mit ihren vortrefflichen, klaren Worten allen Hörern aus der Seele gesprochen hatte, was der stürmische Beifall, der ihr zu Teil wurde, bewies. Sehr dankbar darf unsere Partei dem zu Worte kommenden Herrn Schmidt sein. Dieser stellte sich in der Diskussion in offenen Gegensatz zur Referentin, indem er Religion als Grundlage für den staatlichen Neuaufbau direkt verwarf, und ausdrücklich betonte, daß die Menschen ebensogut ohne Religion auskommen könnten, wie er das an sich selbst erfahren habe. Damit ist klar herausgestellt, wie scharf unsere Partei sich im religiösen Punkt von der Sozialdemokratie unterscheidet. Es handelt sich hier um Weltanschauungsfragen, wie die Rednerin des Abends nochmals betonte, die uns von der Sozialdemokratie trennen und die unüberbrückbar sind. o.

p. **Polizeibericht.** In der letzten Woche wurde hier in unserer Stadt eine Reihe verwegener Diebstähle ausgeübt, in dem der Dieb am hellen Tage in bewohnte Häuser einstieg und aus diesen alle möglichen Gegenstände entwendete. Der Kriminalpolizei ist es nunmehr gelungen, als Täter den Dragoner Bildstein zu ermitteln. B., der geständig ist, wurde dem hiesigen Garnisonkommando zugeführt.

= **Brinkmann-Theater Herford.** Am Dienstag, den 14. Januar, abends 7½ Uhr gelangt nochmals auf allgemeinen Wunsch die Lehar'sche Operette „Eva, das Fabrikmädel" unter Mitwirkung der städt. Kapelle zur Aufführung. Diese Operette wurde am vorigen Donnerstag vor gut besuchtem Hause mit durchschlagendem Erfolg gegeben. Viele Gesangs- und Tanznummern mußten nach stürmischem Applaus wiederholt werden. Da die Nachfrage nach Billets für diese Vorstellung schon jetzt sehr stark ist, kann man nur empfehlen, sich frühzeitig mit Eintrittskarten zu versehen. Abonnementskarten sind bei Herrn Kortkamp zu haben. Preise im heutigen Inseratenteil ersichtlich. Es wird darauf hingewiesen, daß die Vorstellung pünktlich 7½ Uhr beginnt und wird das Theaterpublikum gebeten, frühzeitig zu erscheinen, um unnötige Störungen zu vermeiden.

= **Wegen Raummangel** mußten Inserate und Berichte zurückgestellt werden.

### Amt Vlotho.

**Vlotho,** 12. Jan. Hier fand gestern eine Versammlung der Deutschen demokratischen Partei im Bracke'schen Saale statt. Der Saal war so gedrängt voll, daß viele keinen Einlaß mehr finden konnten. Mit klaren, jedem verständlichen Worten, die frei von jeder Exhäßigkeit anderen Parteien gegenüber waren, entrollte Herr Prof. Dr. Neumann-Hofer, 1. Kandidat der Deutschen demokratischen Partei, das Programm derselben. Alles lauschte mit gespannter Aufmerksamkeit. In der nachfolgenden freien Aussprache meldeten sich Herren der verschiedenen Parteien zum Wort. Es war eine Freude, zu beobachten, wie Herr Prof. Dr. Neumann-Hofer Angriffe von gegenerischer Seite glatt abschlug. Zum Schluß meldete sich noch ein anderer Redner der Deutschen demokratischen Partei, der besonders das Verhältnis der Deutschen demokratischen Partei zur Kirche auseinanderlegte. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Gegen 12½ Uhr wurde die Versammlung geschlossen.

**Unsere heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.**

**Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil:** Fr. Kuhle, Herford.

### Fleischverkauf.

Die Schlachtermeister: Conrad Huep zu Herford, Göben- und Hansastraßen-Ecke, H. Klusmann zu Herford, Lockhauser- und Friedrichstraßen-Ecke, Fr. Huep zu Herford, Enger- und Weststraßen-Ecke sind zum Fleisch- und Wurstverkauf für den Landkreis Herford vom 15. Januar 1919 ab mitzugelassen.

Herford, den 10. Januar 1919.

**Der Kreisausschuß.**

### Bekanntmachung.

Der Oberbürgermeister Busse hat sein Amt als Vertrauensmann für das hiesige städtische Gas- und Elektrizitätswerk zum 15. Januar 1919 niedergelegt.

Der Magistrat hat den Leiter des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerks, Direktor Hammacher von diesem Zeitpunkte an zum Vertrauensmann ernannt. Alle an den Vertrauensmann gerichteten Anträge sind vom 15. Januar 1919 an bei dem Direktor Hammacher anzubringen.

Herford, den 9. Januar 1919.

**Der Magistrat.**

### Wochennachricht.

**für die Woche vom 12. bis 18. Januar 1919.**

1. **Fett:** Auf jeden Abschnitt der Fettkarte 20 Gr. Butter, sowohl für Versorgungsberechtigte als für Selbstversorger.

Auf Abschnitt 4 der Zusatzfettkarte 20 Gr. Butter für Schwerstarbeiter der Eisenbahn; für die übrigen Schwerstarbeiter, wie auch für Rüstungsarbeiter, fällt der Fettzusatz fort.

2. **Mager- oder Buttermilch:** wie gewöhnlich, täglich ein Sechstel Liter Mager- oder Buttermilch. (Männliche Personen von 20—50 Jahren erhalten keine Mager- oder Buttermilch).

Es wird darauf hingewiesen, daß Milch im Haushalt aus Gesundheitsrücksichten sofort abzukochen ist.

Während der Geltungsdauer der Ausgabe gelangenden Fettkarten (19. 1.—15. 2. 1919) gelten in jedem ziegenhaltenden Haushalt soviel Haushaltungsangehörige als aus dem Milchertrag der eigenen Ziegerhaltung ausreichend versorgt, als Milchziegen vorhanden sind.

3. **Eier** werden bis auf weiteres nicht mehr geliefert.

4. **Fleisch:** a) Vollkarten: 1. auf zehn Abschnitte 150 Gramm Frischbleisch, sowie 2. 25 Gr. Blut- oder Leberwurst zum Preise ℳ 1.30 für 1 Pfund (ab Bezirksschlachtstelle an die Fleischer 1.— ℳ).

Der Fleischzusatz von 150 Gr. auf besondere Zusatzkarten bleibt nur für Schwerstarbeiter der Eisenbahn bestehen; für andere, wie auch für Rüstungsarbeiter, kommt es in Fortfall.

iDe gewerblichen Fleischereien dürfen Fleischzusatzkarten nur beliefern, wenn eine amtliche Bescheinigung der Bahnbehörde vorgelegt wird.

b) Kinderkarten: 1. auf fünf Abschnitte 75 Gr. Frischfleisch, sowie 2. 25 Gr. Blut- oder Leberwurst.

5. **Geflügelfutter:** Futterkarten-Abschnitt 12.—18. 1. 1919: 100 Gr. Geflügelfutter.

6. **Urlauher- und Fremden-Nahrungsmittelkarten:** Abschnitt 1: 150 Gr. Zucker, Abschnitt 2: 75 Gr. Teigwaren, Abschnitt 3: 75 Gr. Graupen, Abschnitt 4: 150 Gramm Kunsthonig oder Marmelade.

7. **Bisherige Fremden-Nahrungsmittelkarte:** Abschnitt 1: 75 Gr. Teigwaren, Abschn. 2: 75 Gr. Graupen.

8. **Süßstoff:** Auf Kaufabschnitt D 42 der Nahrungsmittelkarte ein Briefchen in den Bezirksgeschäften (Monat Januar).

9. **Kaffee-Ersatzmittel:** Auf Einlösungsabschnitt D 46 der Nahrungsmittelkaren (Monat Januar).

Lemgo, den 11. Januar 1919.

**Lippische Wirtschaftsgemeinschaft.** Künne.


## Deutsche demokratische Partei.

**Schwarzenmoor und Umgegend.**

**Dienstag, den 14. Januar 1919, abends 8 Uhr im Saale des Herrn Hüffmann.**

# Grosse öffentliche Volksversammlung.

Redner: Rechtsanwalt Brand aus Herford.

Alle Männer und Frauen sind freundlichst eingeladen.

**Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei.**

## Deutsch-nationale Volkspartei.

# Versammlung

**am Mittwoch, 15. Januar, abends pünktlich 8 Uhr, im Vereinshause zu Herford.**

Redner: **Herr Schriftleiter Wallbaum aus Berlin-Friedenau, unser erster Kandidat.**

**Herr Julius Bachem aus Münster, Westf.**

**Alle nationalgesinnten Männer und Frauen sind dringend eingeladen.**

## Zur Förderung des kaufmännischen

# Mittelstandes

**verlangt die Deutsche Volkspartei:**

Schleunigste Wiedereinführung des freien Handels.
Rasche Auflösung aller Kriegsgesellschaften.
Gewährung von Krediten zur Wiederaufrichtung des kaufmännischen Mittelstandes.
Einschaltung des Kleinhandels bei staatlicher Warenzuteilung an das Handwerk.
Entschädigung für gewerbliche Beschränkung des Handels durch Staatsmonopole.
Aufhebung von Kleinhandelsstellen der Gemeinden.
Verbesserung des fachlichen und kaufmännischen Bildungswesens.
Ausdehnung der sozialen Versicherungsfürsorge auf den kaufmännischen Mittelstand.

**Wer dieses Programm unterstützen will, wählt die**

# Deutsche Volkspartei.

## Deutsche demokratische Partei.

**Exter und Umgegend.**

Mittwoch, den 15. Januar 1919, abends 7½ Uhr im Lokale des Herrn Knöuer:

# Grosse öffentliche Volksversammlung.

Redner: **Herr Dr. Höpker-Aschoff** und **Herr Seminarlehrer Klaus.**

Alle Männer und Frauen werden dringend gebeten, zu dieser hochwichtigen Versammlung bestimmt zu erscheinen.

**Der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei.**

## Deutsche Volkspartei.

**Elverdissen und Umgegend.**

**Dienstag, den 14. Januar 1919, abends 7 Uhr im Lokale des Herrn Ehrler, Elverdissen:**

# Oeffentl. Volksversammlung

Redner: Herr **Schriftsteller Stüwe** aus **Bad Oeynhausen.**

Männer und Frauen erscheint recht zahlreich zu dieser Versammlung.

**Vorstand der Deutschen Volkspartei.**

Geschäftsstelle: Herford, Kurfürstenstr. 8. Telefon 63.

# Staat und Kirche.

In ihrer Stellungnahme zu dieser Frage erblickt die Deutsche Volkspartei eingestandenermaßen **„eine wirkungsvolle Wahlparole"**; da diese Partei andererseits versucht, unsere Stellung zur Frage der Trennung von Kirche und Staat zu verdunkeln, veröffentlichen wir nachstehend die für uns in dieser Frage maßgebenden Richtlinien:

Wir fordern für die bevorstehende Neuregelung des Verhältnisses von Staat und Kirche die restlose Durchführung der Gewissensfreiheit für alle Staatsbürger und die Gestaltung der Kirche als freie Volkskirche.

Wir verlangen im Einzelnen:

1. Die Kirche behält ihren öffentlich-rechtlichen Charakter.
   a) Die Kirchengemeinden bleiben wie bisher bestehen.
   b) Die Sonn- und Feiertage mit ihren Gottesdiensten bleiben gesetzlich geschützt.
   c) Alle Kinder haben ein Recht auf Religionsunterricht in der öffentlichen Schule (innerhalb der Schulzeit) nach ihrer kirchlichen Zugehörigkeit.
   d) Die theoloischen Fakultäten sind im Rahmen der Universitäten zu erhalten.
   e) Die Kirche gibt sich selbst ihre Verfassung, ordnet ihre inneren Angelegenheiten und besetzt ihre sämtlichen Aemter selbständig.
2. Die Kirche behält das Recht der Besteuerung ihrer Mitglieder.
3. Das Vermögen der Kirche bleibt unangetastet. Die rechtlichen Verpflichtungen des Staates gegenüber der Kirche und die gewährten Zuschüsse bleiben bestehen oder finden entsprechenden Ersatz.
4. Die Anstalten der christlichen Liebestätigkeit und milde Stiftungen dürfen in keiner Weise geschädigt werden.

**Deutsche demokratische Partei.**

# Staats-Sekretär Dr. Solf

Kandidat der Deutsch-demokratischen Partei

spricht

# Montag, den 13. Januar

im „Evang. Vereinshaus“

abends 8 Uhr.

---

## Lichtspielhaus „Wittekind“

Höckerstrasse 5 :—: Fernsprecher 690.

**Heute und in den nächsten 7 Tagen**

wird unser grosses Theater zur Hälfte zu klein sein.
Man sichere sich dessha b rechtzeitig Plätze.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Montag, | den 13. | Januar: | „Verlorene Töchter“. |
| Dienstag, | den 14. | Januar: | ? |
| Mittwoch, | den 15. | Januar: | ? |
| Donnerstag, | den 16. | Januar: | ? |
| Freitag, | den 17. | Januar: | ? |
| Sonnabend, | den 18. | Januar: | ? |
| Sonntag, | den 19. | Januar: | ? |
| Montag, | den 20. | Januar: | ? |

---

Meiner geehrten Kundschaft zur Nachricht daß ich meine

**Buchdruckerei**

von heute ab nach

**Brüderstrasse 16**

(frühere Möbelfabrik Schmalhorst) verlegt habe.

Hochachtungsvoll

**Buchdruckerei Adolf Dunker.**

Telefon 756.

---

**Als Schlußtag**

der Arbeiten an Heeresaufträgen ist der

**31. Januar 1919**

festgesetzt. Ausnahmen können durch die Beschaffungsstellen zugestanden werden.

**Industrie-, Gewerbe- und Handelsrat der Stadt Herford.**

**Der Vorsitzende:** Richard Böckelmann.

---

**Schreiner-werkmeister**

33 Jahre alt, verh. gepf. Meister, flott in Skizze und Detail, mit Kalkulation u. Buchführung vertraut, längere Jahre mech. Betrieb mit Erfolg geführt (von auswärts) sucht per bald oder 1. April Stellung nach hier od. Umgebung, ev. ähnlichen Posten in d. Holzbranche. Gefl. Angeb. unt. **A. 100** an d. Gesch. d. Ztg.

---

Junger Mann welcher vor Eintritt zum Militär 3 Jahre als Lehrling tätig war, sucht

**Stellung**

evt. als **Volontär.**

Offerten unter **Nr.** 4388 an die Geschäftsstelle **d.** Zeitung.

---

**Nebenverdienst**

Gr. alte Vers. Ges. sucht geeign. Herren an allen Orten, zwecks Vermittlungen von Lebens-, Unfall-, Haftpfl.-, Feuerversich. gegen hohe Provision.

Meld. unter 4380 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

**Lehrer-Verein.**

**Mittwoch, 15. Januar,**
nachmittags 4 Uhr
im großen Saale b. Brinkmann:

**Haupt-Versammlung.**

**Der Vorstand.**

---

**Kaufe**

**Cigarren**

**gegen Casse**

in allen Preislagen, große u. kleinen Posten.

Angebote erbeten unt. Nr. 4390 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

---

**Blätter-Tabak**

(ganze Blätter) größere und kleinere Posten zu kaufen gesucht. Angebote an

**Hermann Rensinghoff,**
Dortmund, Brüderweg.

---

Herr (Zahlm.) sucht zum 15. Januar 1919 freundl.

**möbl. Zimmer**

mit Pension.

Offerten unter Nr. 4392 an die Geschäfts. d. Ztg. erbeten.

---

**Zu kaufen gesucht:**
Gut erhaltener

**Möbel- od. Schaufeller-Wagen** als Baubude geeignet. Angebote unter Nr. 4386 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

**Geld** gegen monatliche Rückzahlg. verleiht **R. Calderarow,** Hamburg 5.

---

**Gelbe u. weiße Steckrüben**

sind in der Markthalle zu kaufen

Herford, den 10. Januar 1919.

**Der Magistrat.**

---

**Kaufe Bonbons, Schokolade, Zuckerwaren usw.**

**Tammer**
Konfitürengeschäft,
Hannover, Kl. Düwelstraße 12 B.

---

**Ein fixer Laufbursche**

für die schulfreie Zeit gesucht.

**Husemann & Goretzky,**
Engerstraße 21.

---

Suche zu sofort oder 1. Februar eine

**Haushälterin**

**Wilhelm Seving,**
Lockhausen Nr. 6.

---

Fixes

**Lehrmädchen**

für die Nähstube gesucht.

**Schirmfabrik Euscher,**
Gehrenberg 21 a.

---

**Mädchen**

sauberes, zuverlässiges sucht

**Hermannstr. 23.**

---

Schulentlassenes

**Mädchen**

für ganze Tage **per sofort** gesucht.

Zu erfragen i. d. Geschäftsst. dieser Ztg. unter Nr. 4269.

---

## Die Deutsche Volkspartei

**tritt ein:**

**Für Wiederaufrichtung des Handwerks**

durch Erhaltung der selbständigen Kleinbetriebe —
durch Schaffung von Krediten —
durch paritätische Zuteilung von Rohstoffen —
durch Erteilung staatlicher Aufträge —
durch Vergebung öffentlicher Arbeiten nach dem Grundsatze angemessener Preise —
durch Schutz gegen staatliche u. kommunale Konkurrenz sowie großkapitalistische Erdrückung.

**Für Förderung des Handwerks**

durch Verbesserung der technischen und kaufmännischen Bildungsmöglichkeiten —
durch Einrichtung von Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung —
durch Ausdehnung der sozialen Versicherungswohltaten auf den gewerblichen Mittelstand.

**Für freie Selbstverwaltung in den Kammern und Innungen**

durch Reform des Handwerksorganisationsgesetzes.

**Mit dem Bekenntnis zu diesem Programm ist die Deutsche Volkspartei von selbst die Partei des Handwerks.**

---

**Die Wöchnerinnen-Zusatz-Fettmarken**

gelten vom 20. Januar 1919 ab ohne Rücksicht auf die jeweilige Wochenmenge für 60 Gramm Fett.

Herford, den 9. Januar 1919.

**Der Kreisausschuß.**

---

## Lichtspielhaus Wittekind

Höckerstrasse 5. Fernsprecher 690.

**Heute Montag:**

**Ab 5 Uhr:** „Verlorene Töchter“
6 Akte

**Ab 6½ Uhr:** „14 Tage Urlaub“
3 Akte

**Ab 7 Uhr:** „Durchlaucht Hypochonder“
4 Akte

**Ab 8 Uhr:** „Hoteldiebe“, Detektivschlager
4 Akte

Zum letzten Male:

**Ab 9 Uhr:** „Verlorene Töchter“
6 Akte.

Dienstag, den 14. Januar:

**Neues Programm!**

---

## Brinkmann's Theatersaal

**Herford.** — Direktion: **Willy Tholen.**

**Dutzendkarten**

sind zu haben im Vorverkauf bei Herrn **Kortkamp,** Buchhandlung, Alter Markt.

**Preise der Dutzendkarten für Operette, Schau- und Lustspiel:**

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Sperrsitz** | 1—6 | Reihe | 12 | Stck. | Mk. 40.— | incl. Billet-Steuer |
| „ | 7—11 | „ | „ | „ | 35.— | „ „ |
| **I. Parkett** | 1—5 | „ | „ | „ | 30.— | „ „ |
| „ | 6—9 | „ | „ | „ | 25.— | „ „ |
| **II. Parkett** | ununumm. | | „ | „ | 15.— | „ „ |

In Vorbereitung: Operetten: „Vogelhändler“, „Hoteltanz“, „Walzer“, „Gaisha“, „Zigeunerbaron“, „Dreimäderlhaus“, „Soldat der Marie“, „Dollarprinzessin“, Schau- und Lustspiele: „Als ich noch im Flügelkleide“, „Meine Frau, die Hofschauspielerin“, „Hochzeit von Valeri“, „Alt Heidelberg“, „Versunkene Glocke“.

---

**Städt. Gemüseverkauf in der Markthalle.**

Zu kaufen sind: **Rotkohl, gelbe Steckrüben, rote Möhren und Zwiebeln.**

Der Rotkohl ist nur auf die Gemüsemarken Nr. 1—4 zu kaufen. Die übrigen Gemüsearten werden freiverkauft.

Herford, den 11. Januar 1919.

**Der Magistrat.**

# Herforder Zeitung

Druck und Verlag von Fr. Kuhle in Herford.

für Stadt und Land

Geschäftsstelle: Herford, Rennef. 29/31. Fernruf 58
Postscheckkonto Hannover 5796.

Die Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis Ausgabe A: 1/4 jährlich 3.00 M., bei Postbezug 3.00 u. Bestellgeld.

Ausgabe B: mit „Aus großer Zeit" 45 Pfg. mehr. Preis der 1spalt. Kleinzeile für Stadt u. Landkreis Herford 20 Pfg., sonst 30 Pfg. Reklamen die Zeile 1 M.

General-Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Amtlicher Anzeiger für Stadt u. Landkreis Herford

Nr. 10 — Herford, Montag, den 13. Januar — 1919


## Lokales.

13. Januar.

### Lösung der Wohnungsnot durch behördliche Baukosten-Zuschüsse.

Von Ober-Stadtsekretär Hertwig, Eisenach.

Neben der Erwerbslosenfürsorge ist bekanntlich jetzt die Beschaffung von Notwohnungen und Errichtung von Behelfsbauten eine der brennendsten Aufgaben jeder fürsorglichen Gemeinde. Leider scheitert die Verwirklichung mancher Idee an der Finanzfrage, und die Gewährung von sogenannten Baukosten-Zuschüssen kommt in den Vordergrund. So stellt schon jetzt das Reich die Hälfte der Zuschüsse unter der Voraussetzung zur Verfügung, daß die Bundesstaaten und die Gemeinden ihrerseits allein oder zusammen die weitere Hälfte aufbringen. Für welche Bauvorhaben werden nun Zuschüsse überhaupt gewährt? Hier kommen vor allen Dingen solche Unternehmungen in Frage, die nach ihrer Lage den Angestellten und Arbeitern zugute kommen sollen, zu denen aber auch im Wege freier Vereinbarung neben dem behördlichen Baukosten-Zuschuß die Arbeitgeber angemessene Zuschüsse leisten. Ausgeschlossen sollen hiervon sogenannte Werkwohnungen sein. Beschränkungen in der Zahl und in dem Umfange der Bauvorhaben soll hierdurch vorläufig nicht eintreten. Die Zuschüsse sollen für Schaffung von Klein- und Mittelwohnungen gewährt werden, die nach Größe und Raumzahl den Bedürfnissen der minderbemittelten Bevölkerung, auch des Mittelstandes, insbesondere kinderreichen Familien entsprechen, wobei Kleinviehställe und ähnliche Räume als Zubehör gelten. Bei der Berechnung des zu ersetzenden Teiles des Bauaufwandes können nun zwei Fälle zugrunde gelegt werden; man berechnet entweder den Unterschied zwischen dem tatsächlichen Herstellungspreis und dem Bauaufwand für einen Neubau gleicher Art und Beschaffenheit nach Eintritt dauernder Verhältnisse, oder man macht den Unterschied zwischen dem tatsächlichen Herstellungspreis und dem dauernden Ertragswert, der sich durch Kapitalisierung der für gleichwertige Wohnungen in der betreffenden Gemeinde voraussichtlich zu erzielenden Mieten gibt. Der Herstellungspreis soll hier die eigentlichen Baukosten, die Anliegerbeiträge und die Grunderwerbskosten, die letzteren aber nur nach dem Grundwert vor dem Kriege, erfassen. Sollte sich nachher bei der Wahl der Berechnungsart nach dem kapitalisierten Mietsertrag herausstellen, daß die festgesetzten Mieten gegenüber andren gleichwertigen Wohnungen zu niedrig sind, so kann eine Erhöhung der Mieten noch angeordnet werden, wobei der Mietsmehrertrag, soweit er nicht zur Deckung erhöhter Lasten des Hausbesitzers Verwendung findet, an die Gemeinde zu zahlen ist.

Welche Verpflichtungen liegen dem Bauherrn bei Gewährung der Zuschüsse ob? So darf nur mit vorheriger Zustimmung der Gemeinde die Mietsabgabe einschließlich aller Nebenabgaben festgesetzt werden, das Grundstück einschließlich der darauf zu errichtenden Baulichkeiten ohne vorherige Zustimmung der Gemeindebehörde nicht zu anderen als Wohnzwecken Verwendung finden, und ferner müssen vorzugsweise bei der Vermietung von Wohnungen kinderreiche Familien, Familien von Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten sowie der im Kriege Gefallenen Berücksichtigung finden. Diese Verpflichtungen sind durch grundbuchamtliche Eintragungen sicherzustellen, und zwar sowohl für den Bauherrn wie für seinen Rechtsnachfolger auf die Dauer von zehn Jahren. Für den Fall, daß sich der Bauherr von der weiteren Verpflichtung der jährlichen Rückzahlung befreien will, ist es für zulässig erachtet worden, wenn er einen dem kapitalisierten Mietmehrertrag entsprechenden Teil des Baukosten-Zuschusses zurückzahlt, wie er sich überhaupt von den eingegangenen Verpflichtungen jederzeit befreien kann, wenn er den Zuschuß nebst 5 v. H. Zinsen seit dem Tage des Empfanges des Zuschusses zurückzahlt.

Bemerkenswert ist schließlich, daß diese Zuschüsse den Bauherrn, Gemeinden oder Vereinigungen in baren, in der Regel nicht rückzahlbaren unverzinslichen Beträgen gewährt werden sollen, daß auch für nach dem 1. Juli 1918 ausgeführte Bauten der Zuschuß noch gilt, und daß mit der Ausführung des Baues spätestens sechs Monate nach Bewilligung des Zuschusses begonnen werden muß.

---

### Wohin gehört die deutsche Frau?

Elly Heuß-Knapp, Kandidatin der Deutschen Demokratischen Partei im Wahlkreise Teltow-Charlottenburg, richtet an die deutschen Frauen folgenden Aufruf:

Mutig nehmt Ihr das neue Recht an, das Euch zu Staatsbürgerinnen macht, die neue Pflicht, die nicht erschöpft ist mit dem einen Gang zur Wahlurne. Eine große Aufgabe heißt: den Frauengeist in der Politik wirksam zu machen.

Tapfer habt Ihr Frauen in langen Kriegsjahren schwere Arbeit geleistet, auf dem Acker, wie in Fabrik und Kontor. Ihr habt das schwerbedrohte Familienleben erhalten, die Kindererziehung gerettet, tausendfältig Wunden geheilt.

Opferwillig wart Ihr im Leiden und Leben. Laßt Euch das Gefühl nicht nehmen, daß Größe im Opfer lag und liegt. Größe, die nicht klein wird in Not und Niederlage.

Gläubig seht Ihr auf Euer Volk, auf die tapferen Krieger, die Euch heimkehren, mühselig und froh, ungebrochenen Mutes und friedliebend. Ihr vertraut auf den Geist der Ordnung, der Arbeit und der Zucht des deutschen Volkes, ob auch eine kleine Schar, von fremdem Geist verblendet, Narrenspossen treibt. Unser Volk ist mündig und wird den rechten Weg finden.

Seid stolz auf die Geschichte des Vaterlandes und glaubt an die deutsche Zukunft trotz dunkler Gegenwart. Glaubt an Eure eigene Zukunft und die Eurer Kinder im freien, neuen Volksstaat. Untrennbar ist das Los jedes einzelnen verbunden mit dem Schicksal des Vaterlandes. In Eure Hand ist es gegeben, Eure Zukunft selbst zu gestalten.

Seid stolz auf Eure Verantwortung. Jeder muß helfen und kann helfen, den neuen Staat zu bauen. Darum wählt für die Deutsche Demokratische Partei.

Demokratisch sein heißt mutig sein, voller Vertrauen, gläubig, stolz und zukunftsfroh, heißt ja sagen zum neuen Tag und seiner neuen Pflicht, heißt arbeiten und nicht verzweifeln, heißt frei sein und sich selbst Gesetze geben.

Die deutsche Frau gehört in die Deutsche Demokratische Partei.

**Deutsche Männer, lasst Euch raten,**
**Wählt nur deutsche Demokraten!**

= **Westfälische Kriegsunterstützungskasse.** Uns wird geschrieben: Nach § 4 der Bedingungen hat die Abrechnung u. Auszahlung der Versicherungssummen für die eingetretenen Kriegstodesfälle 3 Monate nach der Beendigung des Krieges zu erfolgen. Um zu diesem Zeitpunkte die hierzu erforderlichen Arbeiten erledigt zu haben, ist es erwünscht, daß die Todesfälle schon jetzt angemeldet werden. Die Anmeldungen sind an die Landesbank der Provinz Westfalen in Münster zu richten und Mitgliedschein sowie Sterbeurkunde beizufügen. Bei Todesfällen, die infolge einer im Kriege erworbenen Krankheit eingetreten sind, ist außerdem ein ärztliches Attest, aus dem dieses zu erfahren ist, einzusenden. Bei Vermißten ist statt Sterbeurkunde Todeserklärung vorzulegen.

= **Tariferhöhungen im Eisenbahnverkehr.** Die neuen Tariferhöhungen im Eisenbahnverkehr werden noch größer sein, als bisher geplant wurde. Im Personenverkehr wird die Verteuerung in der 4. Klasse 25, in der 3. Klasse 30, in der 2. Klasse 40 und in der 1. Klasse 100 Prozent betragen. Bis auf den internationalen Reiseverkehr wird die 1. Klasse im allgemeinen beseitigt und die Durchführung eines Zweiklassensystems, eine Polster- und eine Holzklasse angestrebt werden. Die Arbeiter-, Schüler- und Zeitkarten sind von den Erhöhungen befreit. Gleichzeitig mit den Erhöhungen der Personentarife wird die Beseitigung der Ergänzungsgebühren im Schnellzugsverkehr vorbereitet, unter Neuregelung der Schnellzugszonenzuschläge. Anstatt bisher 4 werden 8 Zonen gebildet und zwar 1. Zone bis 75 Klm., 2. Zone bis 150 Klm. und 3. Zone über 150 Klm. Die Zuschläge betragen für die 1. Zone 3. Klasse 1 ℳ, 1. Zone 2. Klasse 2 ℳ, 2. Zone 3. Klasse 2 ℳ, 2. Zone 2. Klasse 4 ℳ, 3. Zone 3. Klasse 3 ℳ und 3. Zone 2. Klasse 6 ℳ. Im Gepäckverkehr wird die bisherige Verdoppelung der tarifmäßigen Sätze fortfallen. Im Güter- und Tierverkehr ist zu den bisherigen Sätzen ein allgemeiner Zuschlag von 60 Prozent vorgeschlagen worden, so daß die Erhöhung gegen die Preise vor dem Kriege 75 Prozent beträgt. Die Durchführung der Tariferhöhung, zu der die deutschen Bundesregierungen ihre Zustimmung im allgemeinen bereits gegeben haben, ist vom 1. April an in Aussicht genommen.

**Unsere heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.**


Verantwortlich für den Text- und Inseratenteil: Fr. Kuhle, Herford.


---

## Herford und Kurbrandenburg

Eine Erzählung
aus der Geschichte der Stadt Herford
von G. König.

5 Nachdruck verboten.

Der Rauch des glimmenden Herdfeuers mußte sich selbst einen Ausweg suchen. Das Alles sah nicht sehr einladend aus. Das Bild seiner Phantasie war völlig zertrümmert.

Verstimmt wollte Klausing das Turmgemach verlassen, dessen Zustand und Geruch zu längerem Verweilen nicht einlud, als sein geübtes Ohr Hornstöße aus der Ferne zu vernehmen glaubte. So schnell es dem hinkenden Kortsiek möglich war, kletterte dieser die beschmutzte Leiter zum Turmhelme hinauf, von dessen Plattform er eine bessere Umsicht erlangte. Seine Ehegattin hatte aber schon kurz entschlossen das amtliche Horn an den Mund gesetzt und sandte nach allen vier Windrichtungen aus den geöffneten Turmluken zwar wenig schöne aber recht hörbare Töne hinaus, welche die in den Feldmarken weilenden Herforder auf eine nahende Gefahr aufmerksam machen sollten. Bald entdeckte das scharfe, an solche Beobachtungen gewöhnte Auge Klausings eine auf der Heerstraße von der Sparenburg nahende Reiterschar und, begierig auf die Lösung dieses rätselhaften Vorganges, folgte er dem davoneilenden Kortsiek, der zum ersten Bürgermeister rannte, um diesem Meldung von dem ungewöhnlichen Vorgange zu machen.

Der Marktplatz war bereits von Menschen, namentlich Frauen und Kindern, überfüllt. Von allen Seiten kamen Bürger, mancher bewaffnet, herbeigeeilt. Auch aus den Feldern strömten sie durch die Stadttore zurück. Fenster wurden aufgerissen, ängstliche Gesichter suchten die Ursache der Erregung zu erforschen. Schnell vergrößerte sich die Menge, welche der „Dykporten" zuströmte.

Hier, wo die Straßen von der Sparenburg in die Stadt hineinführte, harrten schon einige fremde Soldaten, brandenburgische Dragoner, auf die Erlaubnis zum Einzuge in die Stadt. Das Tor war von einer Wache Herforder Söldner besetzt, von denen ein Mann zum Rathaus eilte, um die Erlaubnis zu erfragen.

Ein leichter staubfeiner Frühlingsregen begann leise herab zu rieseln, aber die brennende Erwartung der harrenden Herforder, deren Häuflein sich gewaltig vermehrt hatte, war größer, als das Mißbehagen über die Anfeuchtung ihrer Kleider.

Den durch die sehr stark angelegte Pforte, welche durch einen tiefen festungsmäßigen Stadtgraben und zwei seitliche Bastionen gut geschützt war, einreitenden Brandenburgern bot sich auf der Radewig ein weites Trümmerfeld dar. Es war die Folge eines im Jahre 1638 stattgehabten großen Brandunglückes. Der Brand, in der Neustadt ausgebrochen, hatte die Abtei berührt, den Aaflu ß übersprungen und fast den ganzen Stadtteil Radewig zerstört. Die Jakobikirche, gegenüber der Deichtorpforte, erglänzte zwar wieder im Schmucke eines neuen Daches, auch waren an der Ecke der Deichtor- und Radewigerstraße drei Häuser — recht wohlhabend zwar, wenn auch weniger glanzvoll als früher — wieder errichtet worden; an einem anderen Neubaue wurde gearbeitet, sonst lag aber noch alles in Schutt und Asche. Die Bewohner der niedergebrannten Häuser, soweit sie nicht anderweitig beschränktes Unterkommen gefunden hatten, waren ausgewandert. Dadurch hatte sich die Einwohnerzahl der Stadt erheblich verringert.

Der Weg der Brandenburger führte am Radewiger Kruge vorbei über die hohe Aabrücke. Der Aafluß trennte hier Radewig und Altstadt von einander. Die Altstadt war fast ganz vom Brande verschont geblieben, das schlechte Pflaster der Straßen und die geringe Wartung der Häuser zeigten aber wie nachteilig der lange Krieg und das Brandunglück auf den Wohlstand der Bürgerschaft eingewirkt hatten.

Geleitet von einigen Soldaten und gefolgt von einer unabsehbaren Menschenmenge hatten die Brandenburger das Rathaus der Altstadt bald erreicht. Der Führer übergab dem durch Kortsiek benachrichtigten Bürgermeister Fürstenau mit soldatischer Genauigkeit ein Schreiben des Vizedrosten Herrn von Ellern auf der Sparenburg.

In diesem Briefe wurde die Stadt Herford mit vielen kunstvollen und verschnörkelten Redewendungen im Auftrage des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, später der große Kurfürst von der Geschichte benannt, unter Hinweis auf „beschwerliche" Folgen im Falle der Weigerung, aufgefordert, eine brandenburgische Garnison aufzunehmen, zum Schutze gegen feindliche Ueberfälle.

„Dat het, annerster utsprwoken, Herford sall en Regiment Suldoten verpliägen un bethalen, domet dat de Kaiserlicken un de Schweden den Kurfürsten Hiärwede nich ehrentieen wegschnappen dauht, wat hei sümst nich wier freigieben will", murmelte der Bürgermeister. „Et is got! Ji kühnt gohen. Wi möt us doch de Sake nöwerleggen un schicket Herrn von Ellern Antwuort." Damit war der brandenburgische Offizier entlassen.

Der Trupp ritt zur nahegelegenen freiweltlichen reichsunmittelbaren Abtei Herford. Hier überreichte der Führer der Aebtissin Sidonia geborenen Gräfin von Oldenburg ein zweites Schreiben, worin diese gebeten werde, ihren Einfluß auf Herford im günstigen Sinne für den Kurfürsten geltend zu machen. Darauf kehrten die Dragoner zur Sparenburg oberhalb der Stadt Bielefeld wieder zurück.

Hermann Fürstenau, ein Mann von etwa fünfundvierzig Jahren, von mittlerer Größe mit leicht ergrauendem Vollbart, klugem Gesichte und durchdringenden ernst blickenden grauen Augen sank in seinem Sessel zurück.

Das Ansinnen des Kurfürsten von Brandenburg kam ihm durchaus nicht unerwartet. Um die Unabhängigkeit Herfords und seine Stellung als freie Reichsstadt hatten seine Vorgänger, darunter sein Vater Dr. Bernhard Fürstenau schon anhaltende Kämpfe führen müssen. Seit der Große Kurfürst durch den Vergleich zu Düsseldorf 1646 in den Besitz der Grafschaft Ravensberg mit der Sparenburg und Bielefeld gekommen war, an dessen Grenzen Herford lag, hatte er zum Zwecke der Abrundung ein großes Interesse daran, auch in den Besitz der Stadt Herford zu kommen. Diese weigerte sich und machte ihre Reichsunmittelbarkeit geltend, um nicht mit neuen Steuerlasten bedrückt zu werden und ihre Selbständigkeit zu wahren. Schon 1620 hatte sie zu ihrem Schutze eine Kompagnie Soldaten in Sold genommen und ihre Befestigungswerke mit großen Opfern in Verteidigungszustand versetzt. Zwar hatte sich Herford den Vorgängern Friedrich Wilhelms gegenüber mit Erfolg verteidigen können und die Aufnahme fremder Söldner in seinen Mauern verweigert, hatte es aber nicht verhindern können, daß es von allen Seiten gebrandschatzt wurde.

Fortsetzung folgt.

## Industrie-, Gewerbe- u. Handelsrat der Stadt Herford.

Im Zusammenhang mit unserer Ende Nov. v. J. erfolgten Veröffentlichung betr. Wiedereinstellung der Kriegsteilnehmer bringen wir hiermit folgenden Beschluß nachträglich zur Kenntnis:

„Die unterstützten Erwerbslosen sind verpflichtet, jede ihnen nachgewiesene und geeignete Arbeit auch außerhalb ihres Berufes und außerh. der Stadt Herford anzunehmen, sofern für die nachgewiesene Arbeit ein angemessener, ortsüblicher Lohn gezahlt wird und die Arbeit der Gesundheit nicht schädlich, die Unterbringung sittlich bedenkenfrei ist und bei Verheirateten die Versorgung der Familie nicht unmöglich wird."

**Industrie-, Gewerbe- und Handelsrat der Stadt Herford.**

Der Vorsitzende: **Richard Bökelmann.**


## Brinkmann's Theatersaal

**Herford.**

Direktion: Willy Tholen.

**Dienstag, 14. Januar, abends 1/2 8 Uhr**

**Operetten-Abend**

## Eva, das Fabrikmädel

Operette in 3 Akten von Lehár.

Operettenpreise.


## Kandidatenliste

**der Deutschen demokratischen Partei für den 17. Wahlbezirk.**

1. Professor Dr. Neumann-Hofer, Detmold, Leopoldstraße 8.
2. Staatssekretär Dr. Solf, Berlin, Wilhelmstraße.
3. Frl. Oberlehrerin Dr. Anne-Marie Morisse, Bielefeld, Hermannstraße.
4. Hofbesitzer Fr. Krömer, M. d. R., Levesen Nr. 8 bei Stadthagen.
5. Justizrat Alfred Brand, Herford, Löhrstr.
6. Eisenbahnwerkmeister Rudolf Wiese, Minden, Viktoriastraße 58.
7. Generalsekretär Vormbrock, Münster.
8. Kaufmann Dr. Hermann Oesterreicher, Münster, Hermannstraße 20.
9. Tapeziermeister Alois Wirth, Bielefeld, Hermannstraße 27.
10. Ehefrau Jenny Thieme, Detmold, Wallgraben Nr. 2.
11. Prokurist W. Heumann, Steinheim i. W.
12. Kaufmann Hermann Schrader, Rinteln, Weserstraße 13.
13. Oberturnlehrer Fr. Schmale, Bielefeld.


## Konsum-Verein Herford und Umg.

E. G. m. b. H.

## Die Kundenliste

im Stadtkreise Herford für Kolonialwaren wird neu aufgelegt und bitten wir unsere werten Mitglieder dringend, sich umgehend in unseren Verkaufsstellen eintragen zu lassen.

**Der Vorstand.**


## Sämtliche Arbeitgeber

**werden ersucht, alle offenen Stellen beim hiesigen Arbeitsnachweis regelmäßig anzumelden.**

**Industrie-, Gewerbe- u. Handelsrat der Stadt Herford.**

**Der Vorsitzende:**
Richard Bökelmann.

## Verordnung

(Nr. Bst. a. 285/12. 18. K. R. A.),

**betreffend Verbrauch der für Kriegszwecke zugewiesenen Sparmetallmengen zu Friedenszwecken.**

(Erweiterung der Verordnung vom 18. November 1918.)

Die Metallbestände der Metall verarbeitenden Industrien und des Metallhandels rühren nachweislich zum größten Teil aus Zuweisung für Kriegszwecke her, die den Firmen aus Beständen der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft (für Zink auch der Zinkhüttenvereinigung und des Verbandes deutscher Zinkwalzwerke G. m. b. H., für Blei auch der deutschen Hüttenwerke) zugewiesen worden sind. Diese Zuweisungen sind für **Kriegszwecke zu Vorzugspreisen** erfolgt, die unter den Selbstkosten liegen.

Durch die Belassung der für Kriegszwecke zu Vorzugspreisen zugewiesenen Bestände würde den verarbeitenden Betrieben u. dem Handel bei Verwertung der nunmehr freigestellten bezw. noch freizugebenden Metalle ein ihnen nicht zustehender Vorteil aus Reichsmitteln zufließen, und zwar auf Kosten der für die Beschaffung der Metalle durch Enteignung und dergleichen in Anspruch genommenen Allgemeinheit. Es wird daher hiermit, insbesondere in Rücksicht auf den gleichfalls erfolgten Fortfall der Metallhöchstpreise auf Grund der Ermächtigung der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 angeordnet:

Für alle am 13. November vorhandenen Bestände an noch nicht verarbeiteten Metallen laut nachstehender Aufstellung, die auf Zuweisung für Kriegszwecke aus den Beständen der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft bezw. bei der Zinkhüttenvereinigung oder bei dem Verband deutscher Zinkwalzwerke G. m. b. H., sowie für Blei auch bei deutschen Hüttenwerken zur Lieferung gelangt sind, haben die Eigentümer dieser Bestände den sich aus nachfolgender Aufstellung ergebenden Unterschied zwischen Vorzugspreis und Grundpreis (letzterer entspricht dem derzeitigen Durchschnitts-Einstandspreis der Metalle) an die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft, Berlin W. 9, Potsdamer Straße 10/11, zugunsten des Reichsfiskus abzuführen, soweit die Metalle nicht nachweislich zu dem bei der Zuweisung ausgesprochenen Zweck inzwischen verwendet und abgeliefert worden sind bezw. noch verwendet und abgeliefert werden:

| Für 100 kg | Kupfer | Zinn | Nickel | Zink | Aluminium |
|---|---|---|---|---|---|
| Vorzugspreis: | 350,— | 700,— | 1200,— | 80,— | 430,— |
| Grundpreis: | 450,— | 1000,— | 1500,— | 130,— | 530,— |
| Demnach abzuführen: | 100,— | 300,— | 300,— | 50,— | 100,— |

Blei 63 — 76 — 14,—

Vorstehende Anordnung ist auf Legierungen und Verbindungen sowie auf alle sonstigen gelieferten Sorten der vorstehend genannten Metalle, z. B. Feinzink, Zinkblech, Lötzinn usw. sinngemäß in Anwendung zu bringen.

Diejenigen Firmen, die nicht gewillt sind, die von dieser Verordnung betroffenen Rohstoffe, Legierungen und Verbindungen zum Grundpreis zu verwenden, haben behufs Rückführung der Mengen zum ursprünglichen Zuweisungspreis an die Kriegsmetall-Aktiengesellschaft mittels eingeschriebenen Briefes bis zum 23. Dezember 1918 Meldung an die Metall-Meldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung (Abteilung H) Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11, zu erstatten.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Anordnungen werden auf Grund der Verordnung über den Erlaß von Strafbestimmungen durch das Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung vom 27. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. Nr. 164 S. 1339) mit Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, können eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht. Auch können diese Gegenstände von den Demobilmachungsorganen für verfallen erklärt werden, gleichgültig, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Anfragen, die diese Verordnung betreffen, sind an die Metall-Meldestelle der Kriegs-Rohstoff-Abteilung (Abteilung H) Berlin W 9, Potsdamer Straße 10/11, zu richten.

Berlin, den 5. Dezember 1918.

**Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung.**
(Reichsdemobilmachungsamt)
Koeth.

## Verordnung

Zur Ausführung des Gesetzes über die Zurückführung von Waffen und Heeresgerät in den Besitz des Reiches vom 14. Dezember 1918 (RGBl. S. 1425) verordne ich im Einvernehmen mit dem Generalkommando des 7. A.-K. für den Regierungsbezirk Minden was folgt:

§ 1. Wer sich unbefugt in dem Besitze von Waffen, die aus Heeresbeständen stammen oder von Heeresgut und Heeresgerät aller Art befindet, ist verpflichtet, diese Gegenstände bis zum **10. Januar 1919** an die im Regierungsbezirk Minden befindlichen Garnisonkommandos, oder an die Landratsämter, Bürgermeistereien oder Aemter abzugeben.

§ 2. Als Heeresgerät sind alle Gegenstände anzusehen, bei denen nach den Umständen anzunehmen ist, daß sie aus Beständen der Heeresverwaltung stammen.

Heeresgerät ist Reichsgut. Infolgedessen liegt rechtmäßige Uebertragung des Besitzes mit Willen der Regierung oder der ihr unterstellten Organe gemäß § 1 Absatz 2 und § 2 des Gesetzes vom 14. Dezember 1918 nur vor, wenn die Uebertragung durch die Reichsregierung oder mit deren Zustimmung durch die Landesregierung und deren Behörden erfolgt ist. Andere Organe, wie z. B. die Arbeiter- und Soldatenräte sind zur Uebertragung von Heeresgerät nicht befugt, es sei denn, daß die Uebertragung gutgläubig im Einvernehmen oder mit nachträglicher Genehmigung der Regierung erfolgt ist. Ob die Genehmigung erteilt ist, entscheidet in Zweifelsfällen das Reichsverwertungsamt in Berlin, Friedrichstraße 66.

§ 3. Ist bei Waffen und Heeresgeräten, die nach Vorstehendem bis zum 10. Januar 1919 abgeliefert werden müssen, die rechtzeitige Ablieferung unterblieben, so werden die abzuliefernden Gegenstände für verfallen erklärt; sie können eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie der Person, bei der sie gefunden werden, gehören oder nicht.

Die Polizeibehörden sind befugt in allen Fällen, in denen der Verdacht vorliegt, daß Waffen oder Heeresgerät pflichtwidrig nicht abgeliefert wird, Durchsuchungen vorzunehmen.

§ 4. Das gesammelte Gerät ist, soweit es nicht zunächst von den annehmenden Stellen zur Ersparung von Transportmitteln gelagert und aufbewahrt werden kann, entweder an die „Sammellager für Heeresgut" zu Paderborn, Bünde, Gütersloh, oder Sennelager, oder soweit es sich um Feld- und Fußartilleriegerät handelt, an das Artillerie-Depot Minden oder Münster, Traingerät an das Traindepot Münster, Bekleidung an das Bekleidungsamt Münster, Gasschutzgerät an das Korpsgasschutzlager Münster, Nachrichtengerät an den Korpsnachrichtenpark Neuhaus, Kraftwagengerät an die Kraftfahrersatz-Abteilung Münster abzugeben.

§ 5. Unterlassung der angeordneten Ablieferung werden nach dem Gesetz vom 14. Dezember 1918 (RGBl. 1425) mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 ℳ oder mit einer dieser Strafen bestraft.

**Der Regierungspräsident.** Dr. von Campe.

## Bekanntmachung.

Nr. F. R. 800/11. 18. K. R. A.

Im Auftrage des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilmachung wird folgendes angeordnet:

**Artikel I.**

1. Die Bekanntmachung Nr. W. M. 312/10. 16 K. R. A., betreffend Bestandserhebung von Natron-(Sulfat-) Zellstoff, ganz oder teilweise aus Natron-(Sulfat-) Zellstoff hergestelltem Papier, Spinnpapier, Papiergarn, ferner von Arbeitsmaschinen, welche zur Herstellung, Bearbeitung und Verarbeitung von Spinnpapier in Gebrauch sind, vom 20. November 1916,
2. die Nachtragsbekanntmachung Nr. W.-M. 100/ 7. 18. K. R. A. vom 13. Juli 1918, betreffend Bestandserhebung von Papierrundgarnabfällen zu der Bekanntmachung vom 20. November 1916 Nr. W. M. 312/10. 16. K. R. A., betreffend Bestanderhebung von Natron-Sulfat-)Zellstoffen usw.,
3. die Bekanntmachung Nr. W. III. 700/5. 17. K. R. A., betreffend Höchstpreise für Spinnpapier aller Art sowie für Papiergarn und Bindfäden vom 10. Juli 1917,
4. die Nachtragsbekanntmachung Nr. Paga. 1200/11. 17. K. R. A. vom 1. Februar 1918 zu der Bekanntmachung vom 10. Juli 1917 Nr. W. III 700/5. 17. K. R. A., betreffend Höchstpreise für Spinnpapier aller Art sowie für Papiergarn und Bindfaden,
5. die Bekanntmachung Nr. Paga. 1/10. 17. K. R. A., betreffend Beschlagnahme von Spinnpapier, Papiergarn, Zellstoffgarn urnd Papierbindfaden sowie Meldpflicht über Papiergarnerzeugung vom 23. Oktober 1917,
6. die Bekanntmachung Nr. Pa. 1600/11. 17. K. R. A., betreffend Beschlagnahme von Papier zur Anfertigung geklebter Papiersäcke (Sackpapier) vom 5. Januar 1918,
7. die Bekanntmachung Nr. W. IV. 1200/7. 18. K. R. A., betreffend Beschlagnahme und Höchstpreise von Papierrundgarnabfällen vom 13. Juli 1918,

treten außer Kraft.

**Artikel II.**

Diese Bekanntmachung tritt am 5. Dezember 1918 in Kraft.

Berlin, den 5. Dezember 1918 .

**Kriegs-Rohstoff-Abteilung.** Wolffhügel.

## Brennstoffpreise.

Auf Grund des Gesetzes betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 nebst Nachträgen wird nach Anhörung der Preisprüfungsstelle für den Landkreis Herford in Abänderung der Bekanntmachungen des Kreisausschusses vom 5. Januar und 3. September 1918 bestimmt:

§ 1. 1. Für die nachstehenden Brennstoffe gelten folgende Kleinhandelshöchstpreise: je Zentner

| | |
|---|---|
| Fettstücke (Schiffskohlen) | 3.50 ℳ |
| Fettnußkohlen 1, 2, 3 (Schiffskohlen) | 3.50 ℳ |
| Fettnußkohlen 4 (Schmiedekohlen, Schiffskohlen) | 3,50 ℳ |
| Salonstückkohlen | 3.65 ℳ |
| Salonnußkohlen 2 | 3.80 ℳ |
| Salonnußkohlen 3 | 3.80 ℳ |
| Anthrazit-Nußkohlen 2 (Langenbrahm) | 4.45 ℳ |
| Anthrazit-Nußkohlen 3 (Langenbrahm) | 4.15 ℳ |
| Anthrazit-Nußkohlen 2 (Gottfried-Wilhelm oder andere Zechen) | 4,20 ℳ |
| Anthrazit-Nußkohlen 3 (Gottfried-Wilhelm oder andere Zechen) | 3,90 ℳ |
| Eiform-Briketts | 3,70 ℳ |
| Braunkohlenbriketts (Union) | 2.50 ℳ |
| Braunkohlenbriketts (Humbold) | 2.50 ℳ |
| Brechkoks 1 | 4.30 ℳ |
| Brechkoks 2 | 4.35 ℳ |
| Gießereikoks | 4.30 ℳ |

2. Die neuen Preise treten am **Montag, den 13. Januar 1919** in Kraft.

Die Kohlenhändler müssen sämtliche Brennstoffe, die sie noch auf Lager haben oder bis dahin erhalten, bis zum Inkrafttreten der neuen Preise zu den alten Preisen absetzen. Die Differenz des Einstandspreises für solche Brennstoffe, die sie zu neuen Zechenpreisen nach dem 1. Januar erhalten haben, wird ihnen vom Kreise erstattet, wenn sie Frachtbrief und Rechnung sofort nach Empfang dem Kreisausschuß. Abt. Kohlen, einreichen.

§ 2. Die im § 1 festgesetzten Preise gelten ab Bahn, einschließlich Ausladen und Verwiegen.

§ 3. Die Kohlenhändler sind berechtigt, für die Anfuhr der Brennstoffe von der Bahn einen Aufschlag von 25 ₰ je Zentner bei einer Entfernung bis zu 3 Km. einen solchen von 30 ₰ je Zentner bei einer Entfernung von 3 bis 5 Km. undeinen solchen von 35 ₰ je Zentner bei einer Entfernung über 5 Km. hinaus zu berechnen. Werden die Brennstoffe zuerst zum Lager genommen und dann zum Empfänger gefahren, so werden beide Entfernungen zusammengerechnet. Bei Auswiegen vom Lager kann ferner ein Aufschlag bis zu 10 ₰ je Zentner genommen werden.

§ 4. Die Kohlenhändler sind verpflichtet, in ihrem Lager und Verkaufsraum diese Verordnung an sichtbarer Stelle auszuhängen.

§ 5. Wer die nach § 1 festgesetzten Höchstpreise, sei es Käufer oder Verkäufer, überschreitet, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 ℳ oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Herford, den 6. Januar 1919.

**Der Kreisausschuß.**

## Abänderung der Bezirksfettordnung.

Die Bezirksfettordnung vom 21. Oktober 1917 (Reg. Amtsblatt 1917 Seite 197) wird in folgenden Bestimmungen abgeändert:

1. § 3 der Bezirksfettordnung erhält folgende Fassung:
Alle im Regierungsbezirk Minden in Molkereien hergestellte Butter und Butterschmalz sind mit der Erzeugung zu Gunsten des Kommunalverbandes, in dem sie hergestellt werden beschlagnahmt.

2. § 3 a wird folgende Bestimmung eingeführt:
Die Kommunalverbände können, soweit dieses zur Deckung ihres Bedarfs erforderlich ist, mit Genehmigung der Bezirksfettstelle, unbeschadet des eigenen Bedarfs der Hersteller, die käufliche Ueberlassung der in ihrem Bezirk vorhandenen nicht in Molkereien hergestellten Speisefette an die von ihnen bestimmten Stellen oder Personen verlangen. Dies gilt nicht für Speisefette, die im Eigentum des Reiches eines Bundesstaates, der Reichsstelle der Zentral-Einkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin, des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Oele und Fette G. m. b. H. in Berlin stehen.

3. § 6 erhält folgende Fassung:
Speisefette, die nicht in Molkereien hergestellt sind, dürfen nur an die von dem Kommunalverband bestimmten Stellen oder Personen (Aufkäufer) abgesetzt und nur von solchen erworben werden.

Minden, den 2. Januar 1919 .

**Der Regierungspräsident.** D. Dr. von Campe.

Veröffentlicht.
Herford, den 9. Januar 1919.

**Der Magistrat.**

Veröffentlicht.

**Der Kreisausschuß.**

## Bekanntmachung

**betr. Abgabe der Umsatzsteuer-Erklärung für den Zeitraum vom 1. August bis 31. Dezember 1918.**

Auf Grund des § 51 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetze werden die zur Entrichtung der Umsatzsteuer **verpflichteten gewerbetreibenden Personen, Gesellschaften und sonstigen Personenvereinigungen im Landkreis Herford aufgefordert, die vorgeschriebenen Erklärungen über den Gesamtbetrag der in dem Zeitraum vom 1. August bis 31. Dezember 1918 vereinnahmten Entgelte dem unterzeichneten Umsatzsteueramte schriftlich einzureichen, oder die erforderlichen Angaben an Amtsstelle mündlich zu machen.**

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht, der Fischerei und des Gartenbaues, sowie der Bergwerksbetrieb, ferner Handwerks- und Kleinhandelsbetriebe. Die Absicht der Gewinnerzielung ist nicht Voraussetzung für das Vorliegen eines Gewerbebetriebes im Sinne des Umsatzsteuergesetzes Angehörige freier Berufe (Aerzte, Rechtsanwälte, Künstler usw.) sind nicht steuerpflichtig.

Die Steuer wird auch erhoben, wenn und soweit die steuerpflichtigen Personen, Gegenstände aus dem eingenommen Betriebe zum Selbstgebrauch oder -verbrauch entnehmen. Als Entgelt gilt in letzteren Falle der Betrag, der am Orte und zur Zeit der Entnahme von Wiederverkäufern gezahlt zu werden pflegt.

Von der Umsatzsteuer, die 5 v. Tausend beträgt, sind diejenigen Personen befreit, bei denen die Gesamtheit der Entgelte im Jahre nicht mehr als 3000 ℳ beträgt. Einer Einreichung einer Erklärung bedarf es in diesem Falle nicht.

**Zur Einreichung der schriftlichen Erklärung sind amtliche Vordrucke zu verwenden, die bei dem unterzeichneten Umsatzsteueramte und den Aemtern kostenlos zu erhalten sind.**

In der Stadt Bünde ist die Erklärung beim Magistrat daselbst abzugeben.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht eine Ordnungsstrafe bis zu 150 ℳ nach sich.

Wer in der Erklärung unrichtige Angaben macht, um dadurch Umsatzsteuer zu hinterziehen, wird mit Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der hinterzogenen Steuer bestraft. Kann dieser Steuerbetrag nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 100 bis 100 000 ℳ ein. Der Versuch ist strafbar.

Herford, den 27. Dezember 1918.

**Umsatzsteueramt des Kreisausschusses.**

## Haferzulage.

für Pferde, die aus den Wäldern Holz abfahren, kann in bescheidenem Umfange gewährt werden. Besitzer solcher Pferde wollen Anträge unter Angabe der Zahl der Pferde bis zum 20. Januar der Kreiskornstelle Herford, Amtshausstraße 6 einreichen. Später eingehende Anträge können auf keinen Fall berücksichtigt werden.

Herford, den 8. Januar 1919.

**Der Kreisausschuß.**

## Kohlen.

Auf Kohlenmarke Nr. 17 der blauen Stammkarte kann 1 Zentner Kohlen gekauft werden.

Die Marken 1—12 können nur noch mit Koks beliefert werden.

Die Marken 13—16 bleiben für Kohlen in Gültigkeit.

Auf Zusatzkohlenmarke Nr. 6 kann 1 Zentner Koks gekauft werden.

Herford, den 11. Januar 1919.

**Der Magistrat.**


## Zurückgebliebene Schüler höherer Lehranstalten

werden schnell und sicher gefördert durch den Besuch des

Pädagogiums zu Barsinghausen b. Hannover.

## Fürsorgestelle für Lungenkranke!

Die Sprechstunden finden in Zukunft wie folgt statt:

**Dienstag** für die Aemter Herford-Hiddenhausen, Enger, Spenge, sowie für den Stadtkreis Herford.

**Mittwoch** für Stadt Bünde, die Aemter Ennigloh, Kirchlengern, Rödinghausen.

**Donnerstag** für die Aemter Gohfeld-Mennighüffen u. Vlotho